

BERLİN 03/16

international Nummer 131

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als großen Erfolg wertet Berlins Integrationsbeauftragter den Hospitations-einsatz von 18 jungen Geflüchteten auf der diesjährigen Berlinale. „Dass die Berlinale, als eines der wichtigsten kulturellen Events unserer Stadt, Gesicht zeigt und Geflüchteten erste Schritte der Berufsorientierung ermöglicht, ist ein großartiges Signal“, so Andreas Germershausen. Mehr dazu auf [Seite 4](#) in dieser Ausgabe.

In einer Mitteilung kritisiert Germershausen die Vereinbarung zum Familiennachzug, die die Vorsitzenden der die Bundesregierung tragenden Parteien am 28 Januar getroffen haben. Der Familiennachzug von Personen mit subsidiärem Schutz soll demnach eingeschränkt werden. „Integration gelingt in Familien am besten“, so der Integrationsbeauftragte, „das gehört zum kleinen Einmaleins der Sozialpolitik ([Seite 4](#)).

Der kurze Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Heute ist bei uns meteorologischer Frühlingsbeginn. Ein Anlass für die Redaktion, unseren Leserinnen und Lesern eine wundervolle Frühlingszeit bei länger werdenden Tagen zu wünschen! Dem Interkulturellen Kalender auf der rechten Seite sind die Fest- und Feiertage zu entnehmen, die uns in diesem Monat erwarten.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 01.04.2016.
Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2016 (Nr. 132) ist der 18.03.2016.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, AL III 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
01.03.2016 [1.932 | Jahrgang 33]

Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat März:

1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	Internationaler Frauentag
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	St. Patrick
18	
19	
20	Palmsonntag, Neujahrsfest Iran./Afgh. 1395
21	Baha'i 173
22	Newroz der Kurden 2628
23	Holifest
24	Purimfest, Gründonnerstag
25	Karfreitag
26	
27	
28	Osterfest Ev./Kath.
29	
30	
31	

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Berlins Integrationsbeauftragter zieht positive Berlinale-Bilanz: Hospitation Geflüchteter auf der Berlinale war ein großer Erfolg Familien gehören zusammen –4
Berlins Integrationsbeauftragter kritisiert Entscheidung der Koalitionsvorsitzenden4
Berufsorientierung in Willkommensklassen – Auftaktveranstaltung beim Berliner Integrationsbeauftragten5
Das Integrationslots_innen-Projekt des Landerahmenprogramms in Treptow-Köpenick5
IQ-Landesnetzwerk Berlin: Qualifizierung von Ärztinnen und Ärzten mit Migrationshintergrund im Kontext der Anerkennungsgesetze7
Generaldirektor der EU-Kommission Servoz besucht Projekt der ESF-Integrationsrichtlinie Bund8
Dilek Kolat: „Todestag von Hatun Sürücü ist Mahnung“8
Erste Gemeinschaftsunterkunft für queere Flüchtlinge in Berlin eröffnet9
Senatorin Dilek Kolat spricht sich im Bundesrat für weitere Öffnung von Integrationskursen und die Einbeziehung des Bundesfreiwilligendienstes aus9
Aufruf an Geflüchtete in Berlin, die bisher nicht registriert sind11
Kurzfilm zum Engagement in den bezirklichen Berliner Seniorenvertretungen12
Über 620 000 Ausländerinnen und Ausländer Ende 2015 in Berlin registriert12

Aus dem Landespressedienst

Berliner Behörden lassen sich durch politischen Druck aus dem Ausland nicht beeinflussen13
Henkel: Asylpaket II ist weitere wichtige Kurskorrektur13
Für Projekte von und mit Geflüchteten: Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung um 500.000 Euro erhöht13
Personelle Verstärkung der Bürgerämter festgelegt14
„Wut, Protest und Volkes Wille?“ – Tagung am 25.04. zu Populismus, politische Kultur und politische Bildung15
Henkel zu Durchsuchungen in Islamistenszene16
Neue Bevölkerungsprognose bestätigt weiteres Wachstum Berlins16
Dritter Bericht zum Stand der Sprachförderung in Berliner Kitas17
Kostensersatz zur Abmilderung der Folgen der Sicherstellung von Sporthallen zur Flüchtlingsunterbringung18
Moses-Mendelssohn-Preis ausgeschrieben. Frist: 31.03.201618
Profivereine unterstützen die Integration der Willkommensklassen18
Aufruf an Geflüchtete in Berlin, die bisher nicht registriert sind (LPD)19
Deutscher eTwinning-Preis. Drei Berliner Schulen erneut ausgezeichnet20
Müller übergibt Bernhard Simon Bundesverdienstkreuz20
Eröffnung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Amerika Haus21
Beschluss des Senats zum Umgang mit der Standortauswahl für die Flüchtlingsunterbringung21
Bürgerämter bieten Sonderservice für Meldewesen an22
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt lobt Berlin Award 2016 aus – Motto: „Heimat in der Fremde“. Frist: 28.04.201622

Anfragen an den Senat

„Titel: Wertevermittlung für eine erfolgreiche Integration in Berlin“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite23
--	---------

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal26
BMI: 52.103 Asylbewerber im Januar 201626
Amnesty International, Deutscher Anwaltverein und PRO ASYL kritisieren geplante massive Verschlechterung der Asylverfahren in Deutschland27
Homosexuellen-Verfolgerstaaten sind keine „sicheren Herkunftsländer“ LSVD protestiert gegen Gesetzentwurf zu Algerien, Marokko und Tunesien28

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Stellenausschreibung für die Tätigkeit als Bildungsreferent/-in mit sehr guten Arabischkenntnissen Frist: 20.03.201629
Ab 07.03., noch freie Plätze: Einchecken ins Gastgewerbe für alle zwischen 18 und 35 Jahren29
NeuSTART - START-Stipendien für neu zugewanderte, motivierte Jugendliche zu vergeben Frist: 20.05.201629
Interkulturelle Kompetenz für Ärzte und Psychotherapeuten30
Qualifizierung zur Versorgung von Patienten mit Migrationshintergrund / Flüchtlingen30
FrauenComputerZentrumBerlin e.V.: Aktuelle Weiterbildungen. Start: 09.03. und 04.04.201631
Berufsbegleitender Hochschul-Zertifikatskurs 2016: „Pädagogik für Vermittlung sozialer Kompetenzen und Gewaltprävention“. Bewerbungsfrist: 01.04.201631
Ab 18.04., LIFE e.V., Fit für den Arbeitsmarkt: Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen32
WeTek, "Chance Betrieb": Ziel „Erzieherausbildung“32
Ab 21.05., Fortbildung: Interkulturelle Beratung – diversitätsgerecht und diskriminierungsfrei33

Workshops/ Tagungen

02.03., TUH e.V.-Veranstaltung: Kompetenzen anerkennen - Perspektive für Flüchtlinge33
07.03., Diskussion. APuZ-Forum: Frauen und Arbeit - Ungleichheiten und Diskriminierung34
18.03., Auftakt zur Diskussionsreihe: Exilland Deutschland?!35
21.04., Vorschau - AWO-Bundesverband-Fachtagung: Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung35

Initiativen

Die „Ich kann was!“-Initiative startet Ausschreibung 2016 Schwerpunkt „Kompetenz kennt keine Grenzen“ – Thema Integration im Fokus. Frist: 31.03.201636
Prävention von Neosalafismus und Rechtsextremismus. Ausschreibung für Schulen der Sekundarstufe I +II. Bewerbungsschluss 31. März 201636
19.03.: Für ein „Europa der Menschenrechte“. LSVD unterstützt bundesweiten Aktionstag37

Aus Projekten und Vereinen

Neues Projekt bei Inssan e.V.: „Wegweiser: Mentor_innen für Flüchtlinge“38
Ende der ersten Projektphase: Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten38
AWO-Begegnungszentrum: Monatsprogramm März 201639
BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V. Programm März 2016 (Auszug)39
BABEL e.V.: Veranstaltungsangebot im März 2016 (Auszug)40

Veranstaltungen

03.03., Stiftung Pfefferwerk lädt ein: „Resonanzen – Internationale Saitenklänge“ auf dem Pfefferberg41
03. bis 05.03., Kongress im HKW: Zivilgesellschaft 4.0 – Geflüchtete und digitale Selbstorganisation41
05./06.03., Museum Europäischer Kulturen, Dahlem: 23. Europäischer Oster- und Kunsthandwerksmarkt42
Akademie des Jüdischen Museums Veranstaltungen im März 201642
Stadtteilführungen im März 2016: Neukölln43
02.04., Sport & Kultur im Wedding: Welcome to the World Tour 2016 – United Colours für Toleranz und Integration. Der SK United Colours Berlin e. V. stellt sich vor43
18./19.11., Vorschau: Vielfalt ist Trumpf! Expolingua Berlin 2016 mit Frühbucherrabatt44

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

LERNEN AUF EINEN BLICK - „Spielend Deutsch Lernen“ für Flüchtlinge45
Antidiskriminierung. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 9/2016)45
"Antimuslimischer Rassismus – und was tun?" Broschüre anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 vom 10. – 23. März 2016 erschienen45

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken



Berlins Integrationsbeauftragter
zieht positive Berlinale-Bilanz:

HOSPITATION GEFLÜCHTETER AUF DER BERLINALE WAR EIN GROßER ERFOLG

Berlins Integrationsbeauftragter, Andreas Germershausen, dankt der Berlinale für ihre Unterstützung und das Engagement bei der beruflichen Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt.

„Dass die Berlinale, als eines der wichtigsten kulturellen Events unserer Stadt, Gesicht zeigt und Geflüchteten erste Schritte der Berufsorientierung ermöglicht, ist ein großartiges Signal“, so Germershausen.

„Zum ersten Mal waren dieses Jahr 18 junge Geflüchtete als Hospitantinnen und Hospitanten bei der Berlinale und haben als Teil des Berlinale-Teams Einblicke in verschiedene Arbeitsbereiche bekommen. Sie stammen aus Syrien, Palästina, Guinea, Mali, Tschetschenien, Serbien und Afghanistan. Viele von Ihnen sprechen nur ein bisschen Deutsch, aber mehrere andere Sprachen. Alle waren sehr motiviert und begeistert bei der Sache und fanden das Festival-Treiben sehr beeindruckend“, sagt Dieter Kosslick, Festivaldirektor der Berlinale.

Das Berliner Netzwerk für Bleiberecht – bridge, das der Integrationsbeauftragte koordiniert, setzte mit seinem Teilprojekt KommMit e. V. eine Kooperation mit der Berlinale um. Achtzehn Geflüchtete erhielten die Möglichkeit einer Hospitation bei der Berlinale. Dort konnten sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berlinale bei ihrer Arbeit begleiten und diese im Service, an den Informationsschaltern, bei der Betreuung der eingeladenen Gäste und beim Einlass zu Filmvorstellungen unterstützen. Auch aus Sicht von KommMit e.V. stellt die Hospitationsmöglichkeit bei der Berlinale „eine außerordentlich wertvolle Erfahrung für die Neankömmlinge in Berlin dar“.

Der Integrationsbeauftragte und die Berlinale wollen die Zusammenarbeit fortsetzen.

KommMit e. V. im Internet:

<http://www.bbzberlin.de/9-projekte/34-%C3%BCbersicht-projektarbeit-kommmit-e-v.html>

[20.02.2016]

FAMILIEN GEHÖREN ZUSAMMEN – Berlins Integrationsbeauftragter kritisiert Entscheidung der Koalitionsvorsitzenden

Der Berliner Integrationsbeauftragte, Andreas Germershausen, kritisiert die Vereinbarung zum Familiennachzug, die die Vorsitzenden der die Bundesregierung tragenden Parteien gestern getroffen haben. Die Parteivorsitzenden wollen den Familiennachzug von Personen mit subsidiärem Schutz einschränken.

„Integration gelingt in Familien am besten“, so der Integrationsbeauftragte, „das gehört zum kleinen Einmaleins der Sozialpolitik. Aus diesem Grund wurde der unbeschränkte Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige vor kurzem erst eingeführt – zum 1.8.2015. Diesen nun wieder einzuschränken, ist ein gravierender Rückschritt. Gerade weil Personen mit subsidiärem Schutz in der Regel langfristig in Deutschland bleiben, schadet die Entscheidung dem sozialen Zusammenhalt. Die Vereinbarung geht zu Lasten von Frauen und Kindern. Die Zahlen zeigen, dass bei getrennter Einreise mehr Männer als Frauen zuerst kommen und die Frauen und Kinder eher diejenigen sind, die den Familiennachzug benötigen. Die Entscheidung wird dazu führen, dass sich mehr Angehörige auf eine gefährliche Reise begeben.“

Das Ziel, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, kann mit der gestrigen Verabredung nicht erreicht werden. Denn im letzten Jahr erhielten nur 0,6% (= 1707 Personen) den subsidiären Schutz. Im Dezember 2015 war es noch drastischer: Nur 0,5% erhielten subsidiären Schutz (200 Personen). Bei syrischen Flüchtlingen wurde nur bei 0,1 % der Personen auf den subsidiären Schutz zurückgegriffen. Das sind 57 Personen. Zudem haben natürlich nicht alle, die subsidiären Schutz erhalten, auch Familienangehörige. Germershausen fasst zusammen: „Zahlenmäßig wird sich die Entscheidung kaum auswirken; den Betroffenen aber schadet sie.“

Flüchtlingsrechtlich ist die Annäherung der Rechte von subsidiär Schutzberechtigten an die anerkannten Flüchtlinge geboten und in den letzten Jahren auch immer mehr erreicht worden. Gleiches gilt auch für die sozialen Rechte, z.B. Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs und der uneingeschränkte Arbeitsmarktzugang. Subsidiär Schutzberechtigten ist eine Aufenthaltserlaubnis und nicht etwa nur eine Duldung zu erteilen.

Definition subsidiärer Schutz als Hintergrundinfo:

Auf subsidiären Schutz kann ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser Anspruch haben, dem weder durch die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft noch durch das Asylrecht Schutz gewährt werden kann. Er wird als subsidiär Schutzberechtigter anerkannt, wenn er stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht.

Als ernsthafter Schaden gilt:

- die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe,
- Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder
- eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

[29.01.2016]

BERUFSORIENTIERUNG IN WILLKOMMENSKLASSEN – Auftaktveranstaltung beim Berliner Integrationsbeauftragten

Möglichst frühzeitig Perspektiven für junge Geflüchtete in Beruf und Arbeit zu entwickeln, darum geht es in einer Veranstaltungsreihe, die Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen organisiert. Schwerpunkt heute: „Willkommensklassen“.

Bereits in den „Willkommensklassen“ müssen Angebote der Berufsorientierung verankert sein. „Geflüchtete sollen Erfahrungen in der Arbeitswelt machen. Dafür bringe ich Jugendliche mit Betrieben sowie Beratungs- und Bildungseinrichtungen zusammen, um Wege in Ausbildung systematisch und zielgruppengerecht aufzubauen“, erklärt Andreas Germershausen. Auf einer ersten Sitzung haben heute Schulleitungen und Lehrkräften, Träger der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, Betriebe aus dem Programm Berlin braucht dich!, Verantwortliche für geflüchtete Schüler/innen der Agentur für Arbeit, die Berliner Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer, der Verband der Metall- und Elektroindustrie sowie die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, vertreten durch den Integrationsbeauftragten und die Abteilung Arbeit, eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Um zwei Ziele geht es vorrangig: Frühzeitig Schüler/innen aus Willkommensklassen für die duale Ausbildung zu werben und direkte Wege in die duale Ausbildung aufzuzeigen. Dafür werden den Schülerinnen und Schülern aus Willkommensklassen Praktika und Beratung vermittelt.

Für die erste Sitzung hat der Integrationsbeauftragte gezielt Schulen der Sekundarstufe I angesprochen, an denen über 60% der Schülerinnen und Schüler aus Familien nichtdeutscher Herkunftssprache stammen. Zu einem späteren Termin soll das Angebot auf alle Schulen der Sekundarstufen I und II erweitert werden, an denen Willkommensklassen angesiedelt sind.

[11.02.2016]



DAS LANDESRAHMENPROGRAMM INTEGRATIONSLOTSINNEN UND INTEGRATIONSLOTSEN

Das Integrationslots_innen-Projekt des Landesrahmenprogramms in Treptow-Köpenick

Von Simran Sodhi, Projektkoordinatorin

Der gemeinnützige Verein offensiv '91 e.V. - Verein für soziale und kulturelle Dienste für Frauen, Familien und Jugendliche in Treptow-Köpenick – ist seit Dezember 2013 der Träger des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und -lotsen im Bezirk Treptow-Köpenick. Neben einer Koordinatorin gibt es insgesamt fünf Lots_innen, die Migrant_innen und Asylsuchende bei unterschiedlichsten Anliegen unterstützen. Das Projekt hat sich stufenweise erweitert – anfangs war es nur eine Lotsin-Stelle, im Juli 2015 wurde diese ergänzt durch zwei weitere Lotsinnen und seit Anfang dieses Jahr sind es insgesamt fünf Personen. Dadurch wurde es möglich, ein vielsprachiges Team zusammenzusetzen. Jetzt können wir Menschen in insgesamt neun Sprachen unterstützen: Arabisch, Türkisch, Farsi, Dari, Paschtu, Urdu, Hindi, Englisch und Französisch. So kann eine heterogene Gruppe von Menschen unterstützt werden. Eben durch dieses breite Spektrum an Sprachen bleibt das Angebot niedrigschwellig und zugänglich.

Der Standort des Projekts ist das FamilienBegegnungszentrum (FBZ) in Altglienicke. Die Lots_innen bieten neu eingewanderten Menschen Unterstützung in ihrem Umfeld. Das umfasst vieles: die Suche nach einer Wohnung, Kita- und Schulplätze, Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen, Klärung des Aufenthaltsstatus u.a. Bei den meisten Ratsuchenden handelt es sich um mehrere Anliegen und entsprechend um mehrere Kontakte und Begleitungen. Zusätzlich zu den Begleitungen bei Behördengängen, Ämtern, der Ausländerbehörde, Ärzt_innen und die Sprechstunden im FBZ, unterstützen die Lots_innen an unterschiedlichen Tagen direkt im Jobcenter Treptow-Köpenick. In der unmittelbaren Nähe des FBZs gibt es eine Gemeinschaftsunterkunft und vier Notunterkünfte. Auch dort werden Sprechstunden vor Ort in den Unterkünften vereinbart.

Zwar hat Treptow-Köpenick im Vergleich zu anderen Bezirken nicht so viele Migrant_innen, in der letzten Zeit wurden jedoch vermehrt Unterkünfte für geflüchtete Menschen im Bezirk eröffnet, acht davon innerhalb von nur sechs Monaten. Die Hälfte von ihnen hat eine Belegung von über 350 Menschen. Leider werden in vielen bezirklichen Institutionen (z.B. Jobcenter, Schu-

len, Ämter, Asylunterkünften) außer Deutsch und vielleicht Englisch wenig andere Sprachen gesprochen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass solch ein Programm eingerichtet wurde. Viele Neugekommene sind sehr dankbar für die Unterstützung durch die Lots_innen. „Gerne hätte ich und meine Familie eine Integrationslots_in bei Seite gehabt! Es ist ein Angebot das geflüchteten Menschen klar macht, hier sind sie willkommen und hier kriegen sie die Unterstützung, die sie brauchen.“ sagt Fatma Yüksel, die seit Januar 2016 als Integrationslotsin tätig ist. In der Anfangsphase musste das Angebot noch wiederholt beworben und bei Gremien und Netzwerk-Treffen vorgestellt werden. Mittlerweile hat es sich etabliert und es kommen regelmäßig Anfragen von den Unterkünften, dem Jugendamt und dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. Durch die Sprechzeiten im Jobcenter entsteht ein direkter Kontakt mit vielen Bewohner_innen in den Unterkünften; sie geben unsere Kontakt- Informationen in ihren Kreisen weiter und so kommen über Mund-zu-Mund-Propaganda mehr und mehr Menschen zu uns.

Neben den Begleitungsaktivitäten organisieren wir jede zweite Woche einen Frauen-Treff, offen für Frauen aus der Nachbarschaft. Es wird seit den letzten eineinhalb Jahren sehr gut von den Bewohnerinnen in den Unterkünften in Grünau und Altglienicke besucht. Auch nehmen einige Frauen daran teil, die schon seit längerer Zeit in Berlin oder in dem Kiez wohnen. Kinder sind dabei willkommen, und während sie bei gutem Wetter draußen auf dem Spielplatz oder oben im großen Spielraum des FBZs spielen, tauschen sich die Frauen aus oder besprechen Fragen bzw. Probleme mit den Integrationslotsinnen. Ab und zu kochen die Frauen gemeinsam ein Gericht aus ihrem Heimatland – z.B. Mulukhiya, ein Gericht aus Syrien oder Aush, eine Suppe aus Afghanistan. Zum Essen kommt die ganze Familie, Männer inklusive.

Die Themen, die die Menschen mitbringen, sind sehr unterschiedlich. Da das Angebot zunehmend von geflüchteten Menschen in Anspruch genommen wird, geht es häufig um Fragen wie Familien-Nachzug, Aufenthaltsstatus, Sprachvermittlung bzw. Zugang zum Gesundheitswesen (insbesondere wenn die Person oder Familie sich bisher nicht registrieren konnte). Sehr häufig geht es auch darum, einen Deutsch-kurs zu finden. Menschen die neu im Land sind, wissen nicht unbedingt wo und wie sie sich dafür anmelden können. Über das Bezirksamt und die Volkshochschule bekommen wir die aktuellsten Angebote mitgeteilt und vermitteln sie direkt an Interessierte. So sind Integrationslots_innen ein wichtiges Bindeglied zwischen Ämtern, Institutionen, den Sozialarbeiter_innen in den Unterkünften und der Zielgruppe.

Laut Adham El Dabawy, der seit Juli 2015 als Integrationslotse in Treptow-Köpenick arbeitet, besteht die Schwierigkeit der Arbeit darin, dass man als Integrationslotse zwar eine Hilfeleistung durch Sprachvermittlung und Verständnis für die schwierige Situation der anderen durch die eigene Migrations- bzw.

Fluchterfahrung anbietet, aber wenig steuern kann: „Manchmal sind wir die erste Personen außerhalb der Unterkunft, mit denen die Menschen sich verständigen können. Wir kriegen viel von den Problemen und Ängsten von den Personen mit, besonders wenn ihre Familie und Verwandtschaft noch im Kriegsgebiet lebt. Mehr als zuzuhören können wir aber nicht machen.“ Immer wieder ist das ein Thema bei unseren Team-Sitzungen und der Supervision. Eine zentrale Frage ist dabei, wie man sich neben der Offenheit und Empathie für die Situation der Anderen, gut abgrenzen kann und akzeptieren muss, dass vieles leider nicht allein zu lösen ist.

Das Integrationslots_innen-Projekt des Landesrahmenprogramms in Treptow-Köpenick

Telefon:

(030) 63417376

Beratungssprachen:

Arabisch, Farsi, Dari, Paschtu, Englisch, Französisch, Hindi, Urdu, Türkisch

Kontaktdaten:

FamilienBegegnungsZentrum,
Köpenicker Straße 42, 12524 Berlin
E-Mail: integration@offensiv91.de

Sprechzeiten:

Montags 12:00-18:00 Uhr und freitags 9:00-12:00 Uhr

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Kai Leptien
Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 9017 2345

Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de

Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/lotsen/index.html>

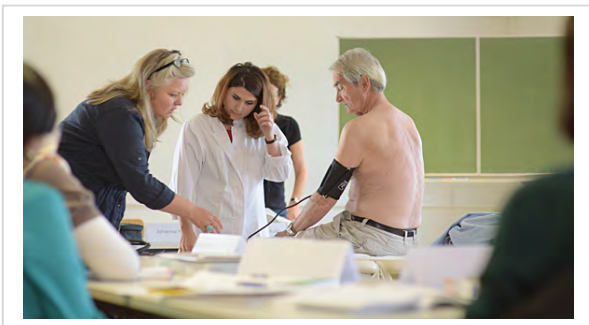
IQ LANDESNETZWERK BERLIN



Ein Zwischenbericht: Qualifizierung von Ärztinnen und Ärzten mit Migrationshintergrund im Kontext der Anerkennungsgesetze

Seit Anfang 2015 will die Charité International Academy (ChIA) als Teilprojektpartner im IQ Landesnetzwerk Berlin gut ausgebildeten und hochqualifizierten Ärztinnen und Ärzten mit Migrationsgeschichte, die aufgrund fehlender Anerkennungsnachweise nicht in ihrem ursprünglichen Beruf arbeiten, den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eröffnen.

Das Fortbildungsprogramm der ChIA für Ärztinnen und Ärzte zeichnet sich durch eine erfolgreiche Integration von praktischem und theoretischem Fachsprachen- und Fachkenntniserwerb aus. Erfahrene DozentInnen garantieren didaktisch und fachlich qualifizierte Kurseinheiten, die durch Tutorien und Simulationspatienteneinsatz ergänzt werden.



Körperliche Untersuchungstechniken werden an Simulationspatienten eingeübt (Foto: Wiebke Peitz, Charité-Universitätsmedizin)

Aufgrund der verzögerten Anlaufphase wurde der erste Kurs mit dem Modul **Kommunikationstraining Deutsch für Ärztinnen und Ärzte** im September 2015 mit 13 Teilnehmenden begonnen. Kurz vor Ende verließ ein Teilnehmer den Kurs, da er eine Stelle als Arzt antreten konnte. Von den verbliebenen 12 Teilnehmenden absolvierten 11 Teilnehmende die Fachsprachenprüfung an der Ärztekammer Berlin erfolgreich. Der zwölfte Teilnehmer wird die Prüfung Ende Februar 2016 ablegen.

Das zweite Modul, die **Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung**, die im Rahmen des Verfahrens zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes und zur Approbation für nicht EU-Bürger die Regel ist, hat mit dem Januar 2016 begonnen. Es gelang mit nachrückenden Teilnehmenden nicht nur die Teilnehmerzahl auf 15 zu erhöhen, sondern auch den weiblichen Anteil der Gruppe mit 2 auf 4 Teilnehmerinnen zu stärken. Sehr motivierte Teilnehmende widmen sich

nun dem erforderlichen Grundlagenwissen in den Bereichen Innere Medizin und Chirurgie sowie ergänzenden Trainings in Notfallmedizin und Pharmakologie sowie der Wissenschaftssprache Medizin.

Die ursprüngliche dreimonatige Hospitation an Kliniken oder in Arztpraxen kann wegen des verzögerten Maßnahmenbeginns nicht in der ursprünglich geplanten Form durchgeführt werden. Es wird für den aktuellen Durchgang auf individuelle Lösungen für die Teilnehmenden gesetzt. Kurzphasige Hospitationen im Anschluss vor Ort sollen zumindest einen Einblick in die medizinische Arbeitswelt ermöglichen und dadurch auch erste Kontakte zu potentiellen späteren Arbeitgebern geknüpft werden.

Nun stehen auch die Kurstermine für den zweiten Durchlauf fest:

09.05.16 bis 29.07.16
Kommunikationstraining Deutsch für Ärztinnen und Ärzte

01.08.16 bis 23.09.16
Hospitationsphase

26.09.16 bis 18.11.16
Vorbereitung Kenntnisprüfung

Sie haben Fragen?

Kontaktieren Sie uns:
Charité International Academy
Charitéplatz 1
Virchowweg 23
10117 Berlin

Telefon: (030) 450 576 454
E-Mail: chia@charite.de

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Sima Fazlali Serkani, Landesnetzwerk Berlin

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2373

E-Mail: Sima.Fazlali@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-iq.de>

Integration von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen:

GENERALDIREKTOR DER EU-KOMMISSION SERVOZ BESUCHT PROJEKT DER ESF-INTEGRATIONSRICHTLINIE BUND

Michel Servoz, Generaldirektor der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission hat sich in Berlin über die Aktivitäten der Projekte im Handlungsschwerpunkt "Integration von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen" (IvAF) der ESF-Integrationsrichtlinie Bund informiert. Servoz besuchte am 22. Februar 2016 in Berlin das Unternehmen seosupport GmbH, das seit diesem Jahr Praktika für Flüchtlinge mit der späteren Möglichkeit der Aufnahme einer Ausbildung anbietet. Das Unternehmen ist in den Bereichen Online-Marketing und Webentwicklung tätig.



V.r.n.l.: Michel Servoz, Vincent Sünderhauf, Adam Pokorny, Andreas Germershausen, Ellahe Amir-Haeri, Gerlinde Aumann, Sadegh Woschagh, Yousef Al Mustafa, Valeska Ruppertshofen, Jens Schultze, Abbas Mukhtary. (Bild: ESF)

Der Generaldirektor der EU-Kommission sprach im Rahmen seines Besuchs mit jungen Flüchtlingen über Chancen und Hürden bei der Aufnahme einer Beschäftigung und ihrer sozialen Integration in die deutsche Gesellschaft. Servoz erklärte: "Ich bin sehr beeindruckt von der Motivation und dem Durchhaltevermögen der jungen Flüchtlinge".

Einer der Flüchtlinge, Sadegh Woschagh aus dem Iran, hat mit Unterstützung des IvAF-Projekts "Berufsvorbereitung für Flüchtlinge" des Zentrums für Flüchtlingshilfe und Migrationsdienste (zfm), ein Praktikum im Bereich Webdesign und Webentwicklung bei seosupport gestartet und wird aufgrund seiner guten Leistungen und seines Knowhows voraussichtlich in diesem Jahr eine Ausbildung im Unternehmen als Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung starten.

Das Projekt "Berufsvorbereitung für Flüchtlinge" ist Teil eines Zusammenschlusses zweier Projektverbände "bridge - Berliner Netzwerke für Bleiberecht" unter der inhaltlichen Federführung der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Beide Projektverbände werden im Handlungsschwerpunkt IvAF gefördert.

Zielsetzung von IvAF ist die Unterstützung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern, Geduldeten und Flüchtlingen mit Aufenthaltstitel bei der nachhaltigen Integration in Arbeit, Ausbildung oder der Wieder-aufnahme einer schulischen Bildung mit dem Ziel des Abschlusses.

In IvAF werden 41 Projektverbände mit ca. 300 Einzelprojekten über eine Laufzeit von vier Jahren gefördert. Dafür stehen in der ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 85,3 Mio. € Mittel zur Verfügung. Davon 43,2 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und 51,1 Mio. € aus Mitteln des Bundes.

Meldung:

http://www.esf.de/portal/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/2016-02-25_projektbesuch-irl-gd-servoz.html

Dilek Kolat: „TODESTAG VON HATUN SÜRÜCÜ IST MAHNUNG“

Am 7. Februar jährt sich zum elften Mal der Todestag von Hatun Sürücü. Die junge Berlinerin mit kurdischen Wurzeln wurde 2005 von ihrem Bruder auf offener Straße erschossen, weil sie ein selbstbestimmtes Leben führen wollte. Am Sonntag, den 7. Februar 2016, findet um 11:00 Uhr eine Gedenkfeier für Hatun Sürücü am damaligen Tatort im Oberlandgarten 1 in Tempelhof-Schöneberg statt.

Senatorin Dilek Kolat: „Der Todestag von Hatun Sürücü mahnt in jedem Jahr erneut, dass jede Frau unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft oder religiösen Überzeugung ein Recht darauf hat, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass es immer noch Mädchen und Frauen gibt, die gewaltsam daran gehindert werden! Auch wenn wir in Berlin bereits über ein gutes Hilfesystem verfügen, dürfen wir uns damit nicht zufrieden geben. Wir arbeiten weiter daran, dass jede von Gewalt betroffene Frau Hilfe bekommt. Insbesondere erweitern wir die Angebote für geflüchtete Frauen, die neu in die Stadt kommen.“

Für gewaltbetroffene Frauen stehen in Berlin sechs Frauenhäuser und 40 Zufluchtwohnungen sowie fünf Fachberatungsstellen zur Verfügung. Über die BIG-Hotline (Telefon 030 6110300) stehen rund um die Uhr eine Anlaufstelle und Erstberatung sowie Informationen über freie Frauenhausplätze zur Verfügung. Jugendliche und junge Erwachsene können sich an den Jugend- und Mädchennotdienst (Telefon 030 611 00 62 bzw. 030 61 00 63) und an die Kriseneinrichtung Papatya www.sibel-papatya.org, die auch eine niedrigschwellige Online-Beratung anbietet, wenden.

Im Jahr 2015 hat der Senat die Hilfeangebote für gewaltbetroffene Frauen insgesamt mit 6,8 Millionen Euro finanziert. Diese Summe steigt im laufenden und im

kommenden Jahr jeweils um 600.000 Euro auf 7,4 Millionen Euro pro Jahr.

[PM SenArbIntFrau v. 05.02.2016]

ERSTE GEMEINSCHAFTSUNTERKUNFT FÜR QUEERE FLÜCHTLINGE IN BERLIN ERÖFFNET

In der kommenden Woche werden die ersten queeren geflüchteten (LSBTI: Lesben, Schwule, Bi-, Trans und Intersexuelle) in eine eigens für sie eingerichtete Unterkunft im Berliner Bezirk Treptow einziehen. Das Haus, das als Not- und Gemeinschaftsunterkunft dienen wird, bietet Platz für bis zu 124 Bewohner. Es ist die erste größere Gemeinschaftsunterkunft für LSBTI Geflüchtete in Deutschland.

Die Berliner Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat erklärt dazu: „Die Regenbogenstadt Berlin hat jetzt auch die erste Unterkunft für queere Geflüchtete. Diese Menschen erfahren Diskriminierung und Gewalt und brauchen daher unseren besonderen Schutz. Es gibt in Berlin bereits eine von uns geförderte Infrastruktur von Projekten, die sich schon sehr intensiv um queere Geflüchtete kümmern. Es ist gut und folgerichtig, dass diese Menschen nun auch eine eigene Unterkunft haben.“

Die Unterkunft wird von der Schwulenberatung Berlin betrieben. Geschäftsführer Marcel de Groot: „Wir wollen mit dem Haus einen Beitrag dazu leisten die teilweise dramatische Situation von LSBTI Geflüchteten zu verbessern und hoffen, dass unsere Unterkunft auch in anderen Bundesländern und Städten Nachahmer findet. Die Situation, in der sich diese Menschen befinden, ist geprägt von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Es ist unser aller Aufgabe, dies zu verbessern.“

Als erstes Bundesland hat das Land Berlin in seinem Senatskonzept zur Unterbringung im August letzten Jahres diese besondere Schutzbedürftigkeit von LSBTI Geflüchteten anerkannt und diese gerade mit Blick auf die Planung zukünftiger Unterbringungsformen berücksichtigt. Ebenfalls 2015 hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen damit begonnen die Leitungen und Sozialarbeiter_innen von Gemeinschaftsunterkünften hinsichtlich der besonderen Situation von LSBTI Geflüchteten zu schulen, damit diese auf die konkrete Bedarfe reagieren können - zum Beispiel, wenn es zu Diskriminierungen aufgrund von Outings kommt. Die Fortbildungen gehen in diesem Jahr weiter. Ziel ist es, das Personal aller Unterkünfte in Berlin zu schulen.

Mit der Unterkunft in Treptow haben die Betreiber anderer Unterkünfte jetzt eine Möglichkeit, LSBTI Geflüchtete, die sich in ihren Unterkünften outen, an eine spezielle Unterkunft weiterzuleiten. Die Entscheidung dort einzuziehen liegt aber bei den Geflüchteten selbst.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, Telefon: (030) 9028-2743

[PM SenArbIntFrau v. 20.02.2016]

SENATORIN DILEK KOLAT SPRICHT SICH IM BUNDES RAT FÜR WEITERE ÖFFNUNG VON INTEGRATIONSKURSEN UND DIE EINBEZIEHUNG DES BUNDESFREIWILLIGENDIENSTES AUS

In ihrer Rede zum sogenannten Asylpaket II in der heutigen Sitzung des Bundesrates hat sich die Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat für eine weitere Öffnung der Integrationskurse des Bundes über die Herkunftsländer Iran, Irak, Syrien und Eritrea hinaus ausgesprochen. Bereits im Rahmen der Sprach- und Integrationskurse müssten Geflüchteten Grundkenntnisse zu den Themen „Duale Ausbildung und Studium in Deutschland“, „Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern/innen und Arbeitgeber/innen“, „Rolle der Geschlechter in der Arbeitswelt“ und „Vielfalt der Gesellschaft – Aufklärung zu LSBTI“ vermittelt werden.

Des Weiteren forderte Senatorin Kolat ein abgestimmtes und bundesweit einheitliches System von Kompetenzchecks schon kurz nach der Registrierung. Berlin gehe hier bereits voran und biete bereits bei der Registrierung ein erstes Profiling. Eine für Deutschland besondere Aufgabe sei die Validierung non formal und informell erworbener Kompetenzen in der beruflichen Fort- und Weiterbildung und auf dem Arbeitsmarkt.

Wichtig sei darüber hinaus der Zugang zum Arbeitsmarkt über ehrenamtliche Tätigkeit. Senatorin Kolat: „Berlin beabsichtigt, das Angebot des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) mit Flüchtlingsbezug intensiv zu nutzen, weil die ehrenamtlichen Tätigkeiten eine gute Chance auch für Geflüchtete bieten, um Berufserfahrungen zu sammeln, die Sprache zu erlernen und einen Weg in Berufsausbildung oder Arbeit zu ebnen.“

Die Rede der Bürgermeisterin und Senatorin finden Sie hier zum Nachlesen:

Rede der Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat im Bundesratsplenum am 26.02.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

viele Bürgerinnen und Bürger haben sich im vergangenen Jahr ganz persönlich engagiert und in beispielloser Weise mit den Geflüchteten solidarisch gezeigt. In Berlin hält die Hilfsbereitschaft trotz der in 2015 stark gestiegenen Flüchtlingszahlen an.

Dafür will auch ich mich noch einmal ausdrücklich bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bedanken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

tatsächlich ist die große Aufgabe der Integration bisher hinter die zum Teil dramatischen Bilder von Flucht und Ankommen zurückgetreten.

Integration muss vom ersten Tag an beginnen. Denn wir wissen, dass viele der geflüchteten Menschen hier bleiben werden. Auch wenn einige nach Stabilisierung der Herkunftsländer wieder zurückkehren mögen – die Erfahrung zeigt, dass der überwiegende Teil der Menschen hier bleibt.

Menschen verlassen die Heimat und nehmen den lebensgefährlichen Fluchtweg nicht aus freien Stücken in Kauf. Nein. Krieg und Verfolgung treibt Menschen zur Flucht. Sie brauchen Schutz. Und wir haben die hohe Verantwortung, diesen Schutz zu gewähren.

Und das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe größeren Ausmaßes. Diese wird, wenn sie gelingt, ein Gewinn für unser Land, unsere Wirtschaft und auch für unsere Kultur werden – das sagen nicht Träumer und Sozialromantiker, sondern zum Beispiel auch der Daimler-Chef Dieter Zetsche oder die Wirtschaftsexperten der Deutschen Bank.

Haben wir vergessen, dass Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung und der guten wirtschaftlichen Entwicklung Zuwanderung und Fachkräfte braucht? 300.000 bis 500.000 pro Jahr ist die Prognose (442.000, fließende Zahl Oktober 2014 bis Dezember 2015, BA).

Zugegeben: es ist keine gesteuerte Zuwanderung nach Qualifikationen in Mangelberufe oder ähnliches. Aber den Geflüchteten eine schnelle Arbeitsmarktintegration zu bieten und dadurch dem Fachkräftebedarf effektiv zu begegnen, ist eine Chance, die wir wahrnehmen sollten. Zumal unter den Geflüchteten viele sind, die bereits über vielfältige Berufserfahrungen verfügen. Viele sind hochmotiviert. Es ist ein aufwendigerer Weg, als wenn man die fertigen Fachkräfte wirbt, aber ein Potential für die Fachkräfte- und Arbeitskräfteentwicklung. Intelligente Lösungen sind gefragt.

Auch aus unserer eigenen historischen Verantwortung heraus dürfen wir nicht das Grundrecht auf Asyl oder entsprechende völkerrechtliche Verpflichtungen zum Flüchtlingsschutz in Frage stellen. Deutschland steht vor einer Integrationsherausforderung von historischer Bedeutung. Wir müssen uns auf einen langen Weg einstellen.

Die Erfahrung zeigt, dass Integration am besten über Bildung und Arbeit sowie über eine Willkommenskultur, die von Angeboten zum Mitmachen geprägt ist, gelingt.

Dazu müssen wir – d. h. Politik, Staatliche Institutionen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft - allerdings einiges tun.

In Berlin haben wir das in einem 10-Punkte-Plan zur Arbeitsmarktintegration zusammengefasst:

1. Sprachförderung

- Die Sprache ist der wichtigste Faktor für die Integration.
- Die deutsche Sprache muss systematisch und transparent aufeinander aufbauend vermittelt werden. Die Kapazitäten müssen dafür geschaffen werden.
- Bereits im Rahmen der Sprach- und Integrationskurse müssen Grundkenntnisse zu den Themen:
 - „Duale Ausbildung und Studium in Deutschland“,
 - „Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern/innen und Arbeitgeber/innen“,
 - „Rolle der Geschlechter in der Arbeitswelt“,
 - „Vielfalt der Gesellschaft – Aufklärung zu LSBTI“ vermittelt werden.

Der Zugang zum Integrationskurs muss weiter geöffnet werden! Die Begrenzung auf Staatsangehörige aus dem Irak, aus Syrien, dem Iran und Eritrea überzeugt mich nicht.

2. Schnelles und systematisches Profiling

Wir brauchen ein abgestimmtes und bundesweit einheitliches System von Kompetenzchecks schon kurz nach der Registrierung. Berlin geht hier bereits voran und bietet bereits bei der Registrierung ein erstes Profiling, Leistungen unter einem Dach.

Eine für Deutschland besondere Aufgabe ist die Validierung non formal und informell erworbener Kompetenzen in der beruflichen Fort- und Weiterbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind in Deutschland gewöhnt, mit Zertifikaten und Zeugnissen als Indikatoren für Kompetenzen zu arbeiten. Das ist gut so, aber ergänzungsbedürftig.

3. Junge Geflüchtete im Fokus der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

Wir setzen bei der Förderung junger Geflüchteter auf ein Erreichen von Berufsabschlüssen. Dabei spielt die Jugendberufsagentur eine zentrale Rolle.

Die Vorteile einer dualen Berufsausbildung sind den meisten geflüchteten Jugendlichen und ihren Eltern nicht bekannt genug, da das System der dualen Berufsausbildung in den Herkunftsländern nicht existiert. Hier stehen wir vor einer riesigen Aufgabe, diese Informationslücken zu schließen.

4. Erprobung in der Praxis am Beispiel ARRIVO Berlin

Die Wirtschaft ist bereit sich der sozialen Aufgabe zu stellen, erkennt aber auch das Potential der Geflüchteten als Fachkräfte. Unter der Dachmarke ARRIVO ist die stetig wachsende Zahl branchenspezifischer Ange-

bote aus Wirtschaft und Beteiligungsunternehmen vereint, die geflüchteten Menschen ein Erprobungsangebot in den jeweiligen Branchen bieten. Neben branchenspezifischem Profiling oder einer betrieblichen Kompetenzfeststellung gehören auch Angebote von Betriebskontakten, Erprobungen, Praktika und EQ zu den Schlüsselangeboten.

Die Kooperation vom Berliner Senat und der Wirtschaft hat sich so sehr bewährt, dass die IHK dieses Konzept nun bundesweit starten will.

5. Wirksame Unterstützung – von Anfang an

Geflüchteten wird frühzeitig ein breites Spektrum an Unterstützungs- und Qualifizierungsangeboten bereitgestellt, so dass individuell jeder Bildungsweg möglich ist. Von Alphabetisierung, Deutschkursen, Qualifizierung bis hin zur Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Berufsqualifikationen. Ein in mehreren Sprachen verfasster Flyer fasst alle Angebote und Ansprechpartner zusammen.

6. Jobcenter und Arbeitsagenturen

Art und Umfang der Leistungen der Arbeitsagentur und der Jobcenter müssen zu den Bedarfen der neuen Kunden passen. Die Vorbereitung hierauf erfolgt in enger Abstimmung der Agenturen und der Jobcenter mit den Berliner Bezirken und dem Land Berlin. Der Mehrbedarf an Beratung und Vermittlung darf nicht zu Engpässen führen und zu Lasten der vorhandenen Arbeitslosen gehen. Daher ist die bedarfsgerechte Ausstattung durch mehr Personal und Budget unabdingbar.

7. Interkulturelle Öffnung in den Jobcentern

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen hat in Abstimmung mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine interkulturelle Organisationsentwicklung initiiert und dafür gesamtstädtische Ziele vereinbart. Durch Qualifizierungsmaßnahmen erreichen wir so eine bessere Beratung und Unterstützung bei der Vermittlung in den Arbeitsmarkt insbesondere von Kundinnen und Kunden mit Einwanderungshintergrund. Dies gilt in besonderem Maße auch für Geflüchtete, die jetzt nach und nach in den Regelkreis SGB II gehören.

8. Zugang zum Arbeitsmarkt über ehrenamtliche Tätigkeit

Berlin beabsichtigt, das Angebot des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) mit Flüchtlingsbezug intensiv zu nutzen, weil die ehrenamtlichen Tätigkeiten eine gute Chance auch für Geflüchtete bieten, um Berufserfahrungen zu sammeln, die Sprache zu erlernen und einen Weg in Berufsausbildung oder Arbeit zu ebnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

wenn wir, die Länder und der Bund, die an uns gestellten Aufgaben jetzt gut wahrnehmen und Hand in Hand pragmatisch zu Lösungen kommen, bin ich mir sicher, dass Integration zum Nutzen aller gelingt, die Skeptiker

und geistigen Brandstifter widerlegt werden weil unser Land von der Zuwanderung profitieren wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!“

[PM SenArbIntFrau v. 26.02.2016]

AUFRUF AN GEFLÜCHTETE IN BERLIN, DIE BISHER NICHT REGISTRIERT SIND Jetzt schnell und unkompliziert anmelden!

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bietet allen nichtregistrierten Geflüchteten, die sich derzeit in privaten Haushalten in Berlin aufhalten und einen Asylantrag stellen wollen, die Chance, sich schnell und unkompliziert registrieren zu lassen. Das Ziel ist, dass nach dem 1. Mai 2016 alle Flüchtlinge in Berlin registriert sind.

Wenn Sie geflüchtet sind, derzeit privat untergebracht sind und bis jetzt noch nicht die Möglichkeit hatten sich anzumelden, können und sollten Sie sich jetzt für eine Registrierung anmelden, da wir aktuell geringe Wartezeiten sicherstellen können. Eine Website mit E-Mail-Link in deutscher und englischer Sprache

<http://www.berlin.de/lageso/soziales/asyl-aussiedler/anmeldung-zur-registrierung>

bietet Ihnen die Möglichkeit, sich per Mail für einen Registrierungstermin in der Kruppstraße anzumelden. So funktioniert die Anmeldung:

1. Sie rufen die Website auf und klicken auf den E-Mail-Kontakt: registrierung@lageso.berlin.de.
2. Die E-Mail versehen Sie mit einigen persönlichen Angaben und senden sie an die voreingestellte Adresse ab.
3. Das LAGeSo sendet Ihnen per Post eine Terminkarte mit einem verbindlichen zeitnahen Termin für die Kruppstraße an Ihre derzeitige Wohnadresse in Berlin zu.
4. Sie erscheinen eigenständig zum Termin mit allen Personal-Dokumenten in der Kruppstraße.
5. Es erfolgt die Registrierung.

Obwohl Flüchtlinge grundsätzlich nach der Registrierung in einer Erstaufnahmeunterkunft wohnen sollen, können Sie auf Wunsch und in Absprache mit Ihren privaten Gastgebern weiterhin privat unterkommen. Der Gastgeber kann in diesem Fall gegenüber dem LAGeSo jedoch keine finanziellen Forderungen stellen.

Für Fragen zur Registrierung:

Frau Wagner Tel.: 90229 3539

Frau Stroschke Tel.: 90229 3159

SENSIBILISIERUNG VON ÄLTEREN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN ZUR POLITISCHEN PARTIZIPATION

Kurzfilm zum Engagement
in den bezirklichen Berliner Seniorenvertretungen

Vor den Wahlen zu den bezirklichen Berliner Seniorenvertretungen (SV), die in diesem Jahr in der 8. Woche nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (18.09.2016) stattfinden, ist ein Kurzfilm entstanden, der Älteren mit und ohne Einwanderungserfahrung Mut machen soll, sich aktiv in die Arbeit der Berliner Seniorenvertretungen einzubringen.

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales erstellte das "Kompetenz Zentrum Interkulturell Öffnung der Altenhilfe" (kom-zen) einen 15-minütigen Werbefilm zur Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten, die sich in ihren bezirklichen Seniorenvertretungen zu Wahl stellen möchten. Ziel des kom-zen ist es, die politische Teilhabe und das bürgerschaftliche Engagement unter älteren Einwanderern ab 60 Jahren besonders zu fördern und zu festigen.

Der Film portraitiert Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter mit und ohne Migrationshintergrund, die mit Begeisterung von ihrem ehrenamtlichen politischen Engagement berichten. Sie verraten uns, wie lange sie in Berlin leben, sei wann sie sich politisch engagieren und wie sie dazu gekommen sind, sich als Seniorenvertreterin und Seniorenvertreter in ihrem Bezirk zu betätigen. Sich für die Belange älterer Menschen einzusetzen, ist ihnen ihr höchstes Anliegen. Darüber hinaus erläutern Berliner Politiker, der Staatssekretär für Gesundheit und Soziales und andere, wie wichtig die Arbeit der Seniorenvertretungen ist. An der Wahl zu den bezirklichen Seniorenvertretungen können ältere ab 60 Jahren mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit teilnehmen. Der Film kann über die Internetseite des kom-zen angesehen werden (<http://www.kom-zen.de>).

Dr. Nadia Nagie, M.A.
Einrichtungsleitung
Islam- und Erziehungswissenschaftlerin

Igor Chalmiev
Stellvertretender Vorsitzender der AG Migration
des Landesseniorenbeirates (LSBB)

Kontakt

Kompetenz Zentrum
Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe
Simplonstraße 27
10245 Berlin

Tel: (030) 319 891 635
Fax: (030) 319 891 640

E-Mail: nagie@kom-zen.de
Internet: <http://www.kom-zen.de>

ÜBER 620 000 AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER ENDE 2015 IN BERLIN REGISTRIERT

Am Ende des Jahres 2015 waren insgesamt ca. 3.610.000 Personen mit Hauptwohnsitz Berlin melderechtlich registriert

Darunter waren ca. 621.000 Ausländerinnen und Ausländer. Im Vergleich zum Anfang des Jahres waren das ca. 250 mehr Deutsche und 48.000 mehr Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Quelle dieser Zahlen ist die Einwohnerregisterstatistik, die halbjährlich mit den Daten des Einwohnermelderegisters Berlin erstellt wird.

Die größte Zunahme ergab sich im Verlauf des Jahres bei Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit. Ihre Zahl stieg um rund 11.500 Personen. In Berlin waren zum Jahresende 18.000 Syrerinnen und Syrer registriert.

An zweiter Stelle folgten mit einem Plus von knapp 2.900 Personen rumänischer Staatsangehörigkeit. Insgesamt waren Ende 2015 rund 16.500 Menschen dieser Nationalität in Berlin registriert. Den drittgrößten absoluten Zuwachs gab es bei Menschen bulgarischer Staatsangehörigkeit (+ 2.800 Personen); registriert waren in Berlin insgesamt 24.200 Personen.

Die größte Ausländergruppe bildeten mit insgesamt knapp 98.000 Personen nach wie vor Menschen türkischer Nationalität. Von Ihnen waren Ende 2015 aber 700 Personen weniger als am Jahresanfang verzeichnet.

Kontakt

Über das Datenangebot des Bereiches Einwohnerregisterstatistik informiert:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Telefon: (030) 9021-3903

E-Mail: einwohner@statistik-bbb.de
Internet: <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

[Quelle: Statistik bbb, 11.02.2016]

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 29.01.2016, 12:40 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:

BERLINER BEHÖRDEN LASSEN SICH DURCH POLITISCHEN DRUCK AUS DEM AUSLAND NICHT BEEINFLUSSEN

Berlins Innensenator Frank Henkel erklärt zur neuen Entwicklung im Fall „Elena“:

„Den Berliner Ermittlungsbehörden ist ein wichtiger Durchbruch im Fall „Elena“ gelungen. Staatsanwaltschaft und Polizei haben sich von dem Druck der letzten Tage nicht beirren lassen, sondern sorgfältig und beharrlich ihre Arbeit gemacht. Das werden sie auch weiter tun. Die neuen Entwicklungen entlarven deutlich die Propaganda, die in den letzten Tagen mit diesem Fall verbunden war.“

Deutschland unterscheidet sich von einigen anderen Staaten dieser Erde, dass bei uns Ergebnisse immer erst am Ende von Ermittlungen stehen. Unser Land ist ein Rechtsstaat. Politischer Druck aus dem Ausland wird nicht dazu führen, dass wir irgendetwas an unseren rechtsstaatlichen Prinzipien ändern. Es war und ist entscheidend, die Persönlichkeitsrechte des Mädchens zu schützen, auch wenn die Behörden dadurch kritischen Spekulationen ausgesetzt waren. Das ist in einem Land, in dem Meinungsfreiheit herrscht, nun einmal so.

Ich verwehre mich auch in künftigen Fällen gegen jeden Versuch der Einflussnahme und werbe für Vertrauen in die Arbeit der Ermittler.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 29.01.2016, 10:20 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:

ASYLPAKET II IST WEITERE WICHTIGE KURSKORREKTUR

Berlins Innensenator Frank Henkel hat die Einigung der Koalitionsspitzen auf Bundesebene auf ein Asylpaket II begrüßt:

„Es ist eine gute Nachricht, dass das Asylrecht weiter verschärft werden soll. Diese erneute Kurskorrektur ist wichtig, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Die Zahl der Asylbewerber, die in unser Land kommen, muss deutlich reduziert werden. Mit den zusätzlichen Maß-

nahmen können wir diesem Ziel einen Schritt näherkommen.“

Vor allem von der Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten verspreche ich mir zusätzliche Entspannung. Hier ist konsequentes Handeln notwendig, um Migration aus diesen Staaten schon frühzeitig zu unterbinden. Wir müssen Menschen ohne Bleibeperspektive deutlich machen, dass sich der Weg nach Europa für sie nicht lohnt. Vergleichbare Lösungen für Westbalkanstaaten haben sich bereits als wirksam erwiesen.

Auch die Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz wird uns voranbringen. Die Kapazität unseres Landes darf nicht weiter überstrapaziert werden.

Ich setze darauf, dass das Paket jetzt schnell alle Hürden passiert und umgesetzt werden kann.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 29.01.2016, 10:11 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

Für Projekte von und mit Geflüchteten: BERLINER PROJEKTFONDS KULTURELLE BILDUNG UM 500.000 EURO ERHÖHT

Jugendstaatssekretärin Sigrid Klebba, Kulturstaatssekretär Tim Renner und Bildungsstaatssekretär Mark Rackles unterstreichen die Bedeutung von Kultureller Bildung für Willkommenskultur und Teilhabe in Berlin

Der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung wird 2016 auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller und der Bildungssenatorin Sandra Scheeres um 500.000 Euro auf 2.500.000 Euro erhöht, um zusätzliche Projekte mit und von Geflüchteten fördern zu können.

Kulturstaatssekretär Tim Renner betont: „Die Antragslage der letzten Monate spiegelt den großen Bedarf an Projekten, die mit und von Geflüchteten gestaltet werden, Diversität in der Gesellschaft fördern und künstlerische Innovation beflügeln. Vielerorts trägt dies auch bereits Früchte, gleichzeitig aber steigen die Anforderungen an die Projekte. Darauf antworten wir.“

Jugendstaatssekretärin Sigrid Klebba und Bildungsstaatssekretär Mark Rackles unterstreichen: „Das Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen in Berlin muss gewährleistet werden, eine breit und divers aufgestellte Kulturelle Bildung trägt dazu bei. Auch für die Entwicklung des Berliner Rahmenkonzepts Kulturelle Bildung ist eine große Vielfalt deswegen maßgeblich. Den Ausbau des bewährten Instruments des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung zugunsten junger Geflüchteter unterstützen wir daher.“

In Rahmen dieser Aufstockung kooperiert die Geschäftsstelle des Projektfonds seit diesem Jahr mit der AKOMA Bildung & Kultur gUG und der RAA Berlin (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie), um den Projektfonds Kulturelle Bildung diversitätsorientiert weiterzuentwickeln.

Gefördert werden künstlerisch-kulturelle Projekte mit aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis 27). Über die Anträge entscheiden eine Jury und ein Beirat. Alle Projekte müssen von Kunst- und Kulturpartnern mit Bildungs- oder Jugendpartnern gemeinsam entwickelt werden. Vorhaben, die einen aktiven und wertschätzenden Umgang mit Diversität verfolgen und

solche, die auf die strukturelle Benachteiligung von Teilnehmenden und Künstler*innen mit Migrations- und Fluchterfahrungen reagieren, werden besonders berücksichtigt. Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte und Menschen of Color sind ausdrücklich eingeladen, Anträge einzureichen.

Ab sofort können Projektanträge in beiden Fördersäulen gleichzeitig gestellt werden. In Fördersäule 1 werden innovative und temporäre Projekte mit einem Förderbedarf zwischen 3.001 Euro und 20.000 Euro gefördert. Die Fördersäule 2 richtet sich an strukturbildende und stadtweit wirkende Modellprojekte mit einem Förderbedarf von mehr als 20.000 Euro.

Die nächsten Antragsfristen sind 15.02.2016 (Fördersäule 2) und 02.05.2016 (Fördersäule 1). Die Antragsstellung erfolgt online. Alle Fristen, detaillierten Förderrichtlinien, das Online-Antragsformular und weitere Informationen stehen auf der Internetseite

<http://www.projektfonds-kulturelle-bildung.de>.

Informationen zum Projektfonds und eine Handreichung zum Online-Antrag sind in Englisch, Türkisch, Französisch, Arabisch, Russisch, Farsi und Hebräisch online verfügbar. Beratungsgespräche werden auf Deutsch und Englisch angeboten. Die Antragsstellung erfolgt in deutscher Sprache.

Informationen und Ansprechpartner:

Geschäftsstelle Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung
c/o Kulturprojekte Berlin GmbH
Klosterstraße 68
10179 Berlin

Tel.: (030) 247 49 800

E-Mail: fondsinfo@kulturprojekte-berlin.de
Web: <http://www.projektfonds-kulturelle-bildung.de>

Rückfragen: Lars Bahners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 02.02.2016, 13:03 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Senat beschließt Sammelverfahren zur Besetzung von Stellen –

PERSONELLE VERSTÄRKUNG DER BÜRGERÄMTER FESTGELEGT

Aus der Sitzung des Senats am 2. Februar 2016:

Das Land Berlin steht in Zusammenhang mit der Bewältigung hoher Flüchtlingszahlen vor ständig wachsenden Aufgaben. Das macht die zügige und effiziente Besetzung von Stellen erforderlich. Hierfür sollen künftig Sammelverfahren zum Einsatz kommen, die sowohl die Hauptverwaltung als auch die Bezirke entlasten sollen. Eine entsprechende Vorlage der Finanzverwaltung und der Innenverwaltung hat der Senat in seiner heutigen Sitzung erörtert und beschlossen.

Innen- und Sportsenator Frank Henkel und Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen stellten die Ergebnisse in der Senatspressekonferenz vor. Sie verwiesen darauf, dass auf der Senatsklausur eine wichtige Strukturauswahl zugunsten der Bezirke getroffen worden sei. An den zwei zentralen Standorten in Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf würden die Bürgerämter erheblich verstärkt. Zudem bekämen auch die anderen Bürgerämter weitere Stellen. Damit soll das Angebot für alle Berlinerinnen und Berliner, insbesondere bei An- und Ummeldung, sowie für Flüchtlinge ausgeweitet werden. Das neue Sammelverfahren zur Stellenbesetzung werde für eine schnellere Arbeitsaufnahme sorgen, als es in der Vergangenheit möglich war. Zudem werde Berlin flexibler auch auf kurzfristig entstehenden Personalbedarf reagieren können.

Gerade die Bezirke und in der Hauptverwaltung insbesondere das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) sind am stärksten von einer Ausweitung ihrer Aufgaben im Flüchtlingskontext konfrontiert. Dem hat der Senat Rechnung getragen, indem seit 2015 hierfür mehr als 700 Stellen für die Hauptverwaltung, darunter 366 Stellen für das LAGeSo, und 252 Stellen für die Bezirke sowie 50 Stellen für bezirksübergreifende Bürgeramtsleistungen bereitgestellt wurden. Insgesamt sind seit 2014 für die Bürgerämter zusätzlich 117 Stellen geschaffen worden.

Künftig sollen Stellen gesammelt ausgeschrieben werden, wenn eine oder mehrere Dienststellen mehrere Stellen mit gleichartigen Arbeitsgebieten besetzen möchten. Das Einstellungsverfahren erfolgt unter Wahrung der Beteiligungsrechte in der jeweiligen festgelegten Dienststelle. Wenn eine Dienststelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für mehrere gleichartige Arbeitsgebiete arbeitsvertraglich bindet, handelt es sich um eine Sammeleinstellung. Der Einsatz in wechselnden Einsatzorten anderer Dienststellen ist grundsätzlich möglich.

Neben der Beschleunigung durch Sammelverfahren sind künftig weitere Zeitersparnisse durch parallele Beteiligungsverfahren vorgesehen. Die Dringlichkeit der parallelen Beteiligung der Frauenvertreterin und des Personalrats zur Verfahrensbeschleunigung im Bereich des Flüchtlingsmanagements hat der Senat auf Vorschlag der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen inzwischen festgestellt. Denkbar ist darüber hinaus, auch die Vertrauensperson der Schwerbehinderten parallel zu beteiligen.

Für die personelle Verstärkung der Bürgerämter werden 50 Stellen bereitgestellt. Senat und Bezirke haben sich auf folgende Verteilung der Stellen verständigt:

- 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dem Bezirksamt Mitte zugeordnet. Dort wird im Rathaus Tiergarten ein ergänzendes Bürgeramt eingerichtet, das vorrangig zur Bearbeitung von Meldeangelegenheiten für die neu ankommenden Flüchtlinge vorgesehen ist, aber auch für die Erbringung ausgewählter Dienstleistungen für alle Berlinerinnen und Berliner (Angliederung an den bestehenden Standort).
- 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf zugeordnet. Im Dienstgebäude Bundesallee wird neben dem sog. Expressschalter (für alle Berlinerinnen und Berliner) eine Filiale des ergänzenden Bürgeramtes eingerichtet.
- Jeweils 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (insgesamt 20) werden den verbleibenden zehn Bezirken für die Bürgerämter zugeordnet.

Durch die Anbindung des ergänzenden Bürgeramtes an vorhandene Strukturen am Standort Rathaus Tiergarten wird der Aufbau der neuen Organisation deutlich erleichtert. Weiterhin kann später das Aufgabenfeld flexibel an geänderte Anforderungen angepasst werden und das Angebot von allen Berlinerinnen und Berlinern genutzt werden.

Das Bezirksamt Mitte hat in Abstimmung mit den Bezirksämtern Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf die Stellenausschreibung für die 50 Positionen erstellt und am 21. Januar veröffentlicht. Die Besetzung der Stellen in den Bezirksämtern Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf zum 1. Mai ist realistisch. Nach einigen Wochen Einarbeitung stehen die Leistungen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Etwa drei Monate nach Stellenbesetzung werden die Finanzverwaltung und die Innenverwaltung überprüfen, ob die zentralen Angebote für die Bürgerinnen und Bürger oder das Flüchtlingsmanagement einer Nachsteuerung bedarf. Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen, Telefon: (030) 9020-4172

Pressemitteilung vom 02.02.2016, 14:02 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

**„WUT, PROTEST UND VOLKES WILLE?“ –
Tagung am 25.04. zu Populismus, politische Kultur
und politische Bildung**

Gemeinsame Tagung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, der Bundeszentrale für politische Bildung und fünf weiterer Landeszentralen.

**Hotel Grand La Strada, 34121 Kassel,
Raiffeisenstraße 10
Montag, 25.04.2016, 9:30 Uhr
bis Dienstag, 26.04.2016, 14:15 Uhr**

Simple Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme – dies scheint der Wesenskern des Populismus zu sein. Der dabei besetzte Themenraum ist groß. Populisten schaffen ein eindeutiges Weltbild, in dem sich Böse, Richtig und Falsch klar benennen lassen, und bieten so Orientierung in einer zunehmend komplexen Welt. Auf viele, die sich von dieser Komplexität ebenso wie von diffusen Ängsten überfordert und getrieben fühlen, üben die Eindeutigkeitsangebote der Populisten einen ungeheuren Reiz aus.

Doch genau in diesem Reiz liegt die Gefahr, die von populistischen Strömungen ausgeht. Denn gleichzeitig zeigen sie sich resistent gegenüber abweichenden Argumenten und unterschiedlichen Perspektiven. Die von ihnen verbreitete „Wahrheit“ gilt gemeinhin als das Maß aller Dinge. Mitunter wird Protest aber auch vorschnell als Populismus gebrandmarkt, wodurch die Gefahr besteht, dass zulässige und wichtige Kritik nicht wahrgenommen wird.

Mit der Konferenz „Wut, Protest und Volkes Wille? Populismus, politische Kultur und politische Bildung“ wollen die Veranstalter sich diesem drängenden Thema widmen und klären, was Populismus bedeutet, welche Themen Populisten wie bedienen und was politische Bildung dem entgegensetzen kann. Eine Frage steht über allem: Wie sollen wir mit Populismus umgehen?

Die Tagung wird eröffnet mit zwei Einführungen zu Begriff und Phänomen des Populismus durch Prof. Dr. Jan-Werner Müller, Princeton University, USA und Dr. Priska Daphi, Goethe-Universität, Frankfurt/Main. Daran schließt eine Debatte mit Prof. Dr. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung zur Frage an, ob sich die politische Kultur in Deutschland im Umbruch befindet. An beiden Tagen werden insgesamt 24 Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichsten Facetten des Phänomens Populismus angeboten. Am Montagabend stellen 17 ausgewählte Akteure ihre Konzepte und Ideen vor. Den Abschluss am Dienstagmittag bildet der Vortrag von Kathrin Röggla, Vizepräsidentin der Akademie der Künste, Berlin.

Die Tagung richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, pro Institution können zwei Personen teilnehmen. Insgesamt sind für Berliner Teilnehmende 30 Plätze eingeplant.

Der Teilnahmebeitrag ist gestaffelt: ohne Übernachtung 30 €, im DZ: 50 €, im EZ: 75 €. Reisekosten werden nicht erstattet.

Anmeldung und aktuelles Programm unter:
<http://www.bpb.de/populismuskonferenz>.

Ansprechpartner in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung:
Thomas Gill, Tel. 030/9016-2551,
E-Mail: thomas.gill@senbjw.berlin.de

Rückfragen: Pressesprecher für Jugend und Familie,
Ilja Koschembar, Telefon: (030) 90227 – 6059

Pressemitteilung vom 04.02.2016, 08:50 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

HENKEL ZU DURCHSUCHUNGEN IN ISLAMISTENSZENE

Berlins Innensenator Frank Henkel erklärt zu den heutigen Durchsuchungen in der Islamistszene in mehreren Bundesländern:

„Die Bedrohungslage durch militante Islamisten bleibt hoch. Wir haben weiterhin allen Grund, wachsam und vorsichtig zu sein. Deshalb ist ein konsequentes Vorgehen gegen die Islamistszene geboten. Vor allem, wenn es um mögliche IS-Bezüge geht. Die Aktivitäten der Szene werden von uns sehr intensiv und behördenübergreifend begleitet.

Bevor wir weitere Schlüsse ziehen können, müssen wir die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Auswertung der sichergestellten Objekte abwarten.“
Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport -
Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 09.02.2016, 13:04 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

NEUE BEVÖLKERUNGSPROGNOSE BESTÄTIGT WEITERES WACHSTUM BERLINS

Der Senat hat heute auf Vorlage von Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Andreas Geisel einen Bericht über die neue Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015 – 2030 beschlossen. Berlins Bevölkerung wird bis zum Jahr 2030 um 266.000 Personen von 3,562 Mio. (31. Dezember 2014) auf dann 3,828 Mio. Berlinerinnen und Berliner wachsen. Dies entspricht stadtweit einer Zunahme von 7,5 Prozent.

Senator Geisel: „Berlin erlebt eine dritte Gründerzeit. Das anhaltende Wachstum Berlins wird sich fortsetzen und überall in der Stadt spürbar werden. Die steigende Bevölkerungszahl ist eine Chance für Berlin, die wir ergreifen müssen und werden. Wir brauchen mehr Wohnraum, mehr Arbeitsplätze, aber auch mehr Kitas und Schulen und mehr Busse und Bahnen. Die Zahlen der Bevölkerungsprognose belegen, dass ein Mehr an Nachfrage in allen Bereichen des städtischen Lebens zu erwarten ist und wir jetzt beginnen müssen, uns darauf einzustellen.“

Die Bevölkerungsprognose wurde auf Basis des Einwohnerregisters erstellt und lässt u.a. folgende Schlussfolgerungen zu:

- Berlin wird älter werden. Das Durchschnittsalter erhöht sich im Prognosezeitraum von 42,9 auf 44,3 Jahre.
- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wird um gut 15 Prozent steigen.
- Die Gruppe der erwerbsfähigen Personen, d.h. zwischen 18 und unter 65 Jahre, wird in etwa stabil bleiben.
- Die Zahl der älteren Menschen (ab 65 Jahre) wird bis zum Jahr 2030 insgesamt um knapp ein Viertel zunehmen, darunter die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) um etwa 62 Prozent.
- Für den Zeitraum 2015 bis 2020 ergibt sich aus der Bevölkerungsprognose ein Einwohnerzuwachs von etwa 190.000 Personen, im Anschluss bis zum Jahr 2030 ein weiterer Zuwachs von etwa 75.000 Personen.
- Das höchste Wachstum hat der Bezirk Pankow zu erwarten, gefolgt von Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Reinickendorf.

Die Daten liegen inzwischen aufbereitet und auf die erforderliche Plausibilität geprüft auf einer kleinteiligen Ebene von 60 Prognoseräumen vor. Unter folgendem Link finden Sie Kartenmaterial dazu:

<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/>

Bei der Fortschreibung der Ergebnisse der Bevölkerungsprognose sind in den Fachplanungen auch die Flüchtlingsbewegungen auszuwerten. Dies betrifft den gesamten Umfang infrastruktureller Themen wie Kita-, Jugendfreizeiteinrichtungen-, Schul-, Krankenhaus-, Pflege- und Friedhofsplanung, Wohnen, Verkehr sowie die benötigten Fachkräfte in der Wirtschaft, der Bildung und der Verwaltung.

Für die Jahre 2015 und 2016 werden stadtweit Schätzwerte zu den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose aufgeschlagen. Für den Zeitraum zwischen 2015 und 2020 kann das bedeuten, dass zwischen 94.000 und 174.000 Flüchtlinge im Saldo zusätzlich zu den in der Bevölkerungsprognose ausgewiesenen Ergebnissen angenommen werden müssen. Damit würde Berlins

Einwohnerzahl im Jahr 2020 auf bis zu 3,846 - 3,926 Mio. Menschen wachsen.

Die Bevölkerungsprognose wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erarbeitet. Die Wanderungsannahmen, die sich auf das Berliner Umland beziehen, sind mit dem Land Brandenburg abgestimmt.

Aufgrund der aktuellen, hochdynamischen Entwicklung wird der Senat 2017 die Bevölkerungsprognose überprüfen.

Die aktuelle Bevölkerungsprognose wird jetzt dem Abgeordnetenhaus und dem Rat der Bürgermeister zur Kenntnisnahme vorgelegt, um eine einheitliche Arbeits- und Planungsgrundlage zu ermöglichen.

Weitere Informationen unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/index.shtml>

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Telefon: (030) 9025-1090

Pressemitteilung vom 09.02.2016, 13:03 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
AUSBAU DER SPRACHBILDUNG IN BERLINER KITAS SCHREITET VORAN
Dritter Bericht
zum Stand der Sprachförderung in Berliner Kitas

Aus der Sitzung des Senats am 9. Februar 2016:

Berlin ist es auch im vergangenen Jahr gelungen, die hervorragenden Rahmenbedingungen für die Förderung der Sprachentwicklung der Mädchen und Jungen in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege weiter auszubauen. Das bestätigt der Bericht 2015 zum Stand der sprachlichen Bildung und Sprachförderung, den der Senat heute auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, beschlossen hat. Der Bericht wird nun dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben.

„Der Bericht liefert einen eindrucksvollen Beleg für den Erfolg der vorschulischen Sprachbildung: Während in der Gruppe der Kinder, die zum Erhebungszeitpunkt weniger als ein Jahr lang die Kita besucht haben, der gesonderte Sprachförderbedarf noch bei rund 34 Prozent lag, wiesen nur rund acht Prozent der Kinder mit einer Kita-Besuchsdauer von mehr als drei Jahren einen Sprachförderbedarf auf. Das Land Berlin hat auch 2015 das vorhandene System von Maßnahmen und Instrumenten um weitere Bausteine für die frühkindliche sprachliche Bildung und Förderung aller Kinder – gleich welchen Hintergrunds – ergänzt. Den Weg hin zu mehr Chancengerechtigkeit und bestmöglichen Startbedingungen für den Bildungsweg von Kindern werden wir

auch weiterhin entschieden fortsetzen“, so Senatorin Scheeres.

Maßnahmen, die in den beiden Vorjahresberichten erwähnt sind, konnten erfolgreich fortgesetzt werden: So wurde u.a. eine Entwurfsfassung des überarbeiteten Sprachlerntagebuchs in Kitas und Kindertagespflege erprobt sowie das „Zentrum für Sprachbildung“ eröffnet, das auch Fachkräften der Kindertagesbetreuung zur Verfügung steht. Auf das Bundesprogramm „Offensive frühe Chancen“ folgte nahtlos das neue Programm „Sprachkitas“, sodass die wertvolle Arbeit der zusätzlichen Sprachförderkräfte in Berliner Kitas weitergeführt werden kann.

Erklärtes Ziel des Senats ist es, dass Kinder geflüchteter Familien, die noch nicht schulpflichtig sind, möglichst bald nach Ankunft in Berlin eine Kita oder Kindertagespflege besuchen. Niedrigschwellige und flexible Spielangebote in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften informieren die Eltern über die bestehenden Möglichkeiten und bereiten den Kita-Besuch vor. Regionale Sprachberaterinnen und Sprachberater klären vor Ort auch über die verpflichtende Sprachstandsfeststellung „Deutsch plus 4“ auf. Der 2014 erarbeitete großformatige Kalender mit sprachanregenden Impulsen „Zwölf sprechende Wände und eine dazu“ findet seinen Einsatz nicht nur in Kitas, sondern auch in den Willkommensklassen.

Hintergrund:

Zentrales Ziel der pädagogischen Fachkräfte ist es, Mädchen und Jungen in ihrem Spracherwerb so zu unterstützen, dass sie sich zunehmend aktiv und selbstbewusst ihrer sprachlichen Fähigkeiten bedienen können. Sprachliche Förderung findet gemäß dem „Berliner Bildungsprogramm“ integriert in den sprachanregenden Alltag in Kitas und Kindertagespflege statt: Kinder erhalten von klein auf, quer durch alle Bildungsbereiche vielfältige Sprachanregungen. Im Sprachlerntagebuch lässt sich der Verlauf des Spracherwerbs ganz individuell nachvollziehen. Die sprachanregende Gestaltung des pädagogischen Alltags ist Thema der regelmäßigen internen und externen Evaluationen. Das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung begleitet die für alle Träger verpflichtende Qualitätsentwicklung. Rückfragen: Sprecher für Jugend und Familie, Telefon: (030) 90227-6059

Pressemitteilung vom 09.02.2016, 13:02 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Unterstützung des Vereinssports –
 KOSTENERSATZ ZUR ABMILDERUNG
 DER FOLGEN DER SICHERSTELLUNG VON
 SPORHALLEN ZUR FLÜCHTLINGSUNTER-
 BRINGUNG**

Aus der Sitzung des Senats am 9. Februar 2015:

Der Senat hat sich in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage von Innen- und Sportsenator Frank Henkel auf eine Kostenersatzrichtlinie verständigt. Damit sollen förderungswürdige Sportorganisationen, die von der Sicherstellung von Sportstätten zur Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land Berlin beeinträchtigt werden, unterstützt werden.

Die mögliche finanzielle Unterstützung des Landes Berlin umfasst die Erstattung von Mietkosten für Ersatzräumlichkeiten zur Sportausübung und gegebenenfalls notwendige Transport- und Lagerkosten von Sportgeräten und sporttechnischen Anlagen. Die Kostenersatzrichtlinie regelt neben dem Erstattungszweck auch die Erstattungsvoraussetzungen, die Höhe der Erstattung sowie das Verfahren zur Beantragung der möglichen Kostenerstattung.

Senator Henkel: „Dieser Schritt war unbedingt erforderlich, um den betroffenen Sportvereinen kurzfristig eine Unterstützung seitens des Senats anzubieten. So kann gewährleistet werden, dass die Nutzerinnen und Nutzer weiterhin Sport treiben können. Für das Jahr 2016 stellen wir Mittel in Höhe von bis zu einer Million Euro für dieses Programm zur Verfügung.“

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Telefon: (030) 90223-2730

Pressemitteilung vom 10.02.2016, 10:12 Uhr
 Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
**MOSES-MENDELSSOHN-PREIS
 AUSGESCHRIEBEN –
 Kulturverwaltung nimmt Vorschläge entgegen**

Frist: **31.03.2016**

In diesem Jahr wird zum 19. Mal der Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin zur Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern und Religionen ausgeschrieben.

Mit dem Preis wird jeweils eine Persönlichkeit, Gruppe oder Institution ausgezeichnet, die sich durch ihr Wirken auf geistig literarischem, religiös-philosophischem oder kulturellem Gebiet um die Verwirklichung der Toleranz verdient gemacht hat. Die Vergabe des mit 10.000 Euro dotierten Preises wird voraussichtlich am 6. September 2016, dem Geburtstag von Moses Mendelssohn, erfolgen.

Im Jahre 2014 wurde der israelisch-palästinensische Psychologe und Autor Ahmad Mansour mit dem Moses-Mendelssohn-Preis ausgezeichnet.

Die Preisträgerinnen und Preisträger der Vorjahre waren:

Barbara Just-Dahlmann (1980), Eva G. Reichmann (1982), Liselotte Funcke und Barbara John (1984), Sir Yehudi Menuhin (1986), Helen Suzman (1988), Teddy Kollek (1990), Charlotte Schiffler und Wolfgang Thierse (1992), Inge Deutschkron und Heinz Knobloch (1994), Hans Koschnick und Bosiljka Schedlich (1996), Kurt Scharf (1998), Ivan Nagel (2000), Anetta Kahane (2002), Hilde Schramm (2004), Tim Guldemann (2006), Michael Brocke (2008) Micha Ullman (2010) und Shermin Langhoff (2012).

Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury, die von der Berliner Kulturverwaltung berufen wird.

Vorschläge mit einer eingehenden schriftlichen Begründung unter Angabe der Leistungen und / oder Veröffentlichungen, die den Vorschlag für den Moses-Mendelssohn-Preis ausweisen, nimmt die Berliner Kulturverwaltung bis zum 31. März 2016 unter folgender Adresse entgegen:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
 Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten
 Monika Fritsch
 Brunnenstraße 188-190
 10119 Berlin
 E-Mail: monika.fritsch@kultur.berlin.de

Eigenbewerbungen sind nicht möglich.

Weitere Informationen unter:

<http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogr/amme/artikel.372155.php>

Rückfragen: Lars Banners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 17.02.2016, 13:51 Uhr
 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

**PROFIVEREINE
 UNTERSTÜTZEN DIE INTEGRATION
 DER WILLKOMMENSKLASSEN**

Gemeinsam mit den Berliner Profivereinen 1. FC Union, ALBA, BR Volleys, Eisbären, Fuchse und Hertha BSC besuchte Bildungssenatorin Sandra Scheeres heute die sportbetonte Grundschule am Fließtal in Berlin-Hermsdorf. Dort werden im Sportunterricht Klassen der Grundschule gemeinsam mit einer Willkommensklasse unterrichtet. Zusätzlich unterstützt ein Trainer der Fuchse Berlin diesen Sportunterricht.

Sandra Scheeres: „Ich begrüße es sehr, dass die Profivereine ihre Sportangebote auf die Willkommensklassen ausweiten. Schulsport kann einen erheblichen Beitrag und eine Chance für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen in das Schulleben leisten. Integration kann nur über Dialog und Interaktion gelingen. Aufeinander zugehen und miteinander kommunizieren – das ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integrationsarbeit. Hierfür bestehen im gemeinsamen Sporttreiben vielfältige Ansatzpunkte.“

Kaweh Niroomand, Sprecher der Berliner Proficlubs: „Die Clubs engagieren sich seit Jahren gemeinsam mit der Senatsverwaltung dafür, Kinder in den Berliner Schulen für den Sport zu begeistern. Dieses sehr erfolgreiche Programm haben wir nun um ein Angebot für Willkommensklassen erweitert. Nirgendwo erfolgt Integration so selbstverständlich wie im Sport. Wir wollen diese Kraft des Sports und die Strahlkraft der Proficlubs dafür nutzen, die große gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration der vielen Flüchtlinge zu unterstützen.“

Die Berliner Proficlubs engagieren sich seit 2012 gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft für mehr Sport an den Berliner Grundschulen. Mit insgesamt 29 Grundschulen sind die Clubs mittlerweile feste Kooperationen eingegangen, das Programm wird stetig ausgebaut.

Jugendtrainer der Clubs arbeiten regelmäßig an den Schulen, um die Sportlehrer im Sportunterricht zu unterstützen und das außerunterrichtliche (z.B. Sport AGs) sowie außerschulische (z.B. Wettkämpfe, Wochenend- und Ferienangebote, Camps) Sportangebote zu verbessern.

Das Programm „Profivereine machen Schule“ wurde nun um ein Sportangebot für Willkommensklassen erweitert, um die Integration der vielen in Berlin ankommenden Flüchtlingskinder zu unterstützen. Die Clubs bieten seit Herbst 2015 feste, wöchentliche Sportangebote für Willkommensklassen an. Auch dieser Teil des Programms „Profivereine machen Schule“ wird stetig erweitert, mittlerweile werden darüber ca. 500 Flüchtlingskinder in 39 Berliner Willkommensklassen erreicht.

Zusätzliche Sport- und Bewegungsangebote können durch die Bereitstellung von finanziellen Mittel von 240.000 € jährlich gefördert werden. Von September bis Dezember 2015 standen 100.000 € zur Verfügung. Aus diesen Mitteln sind vorerst 52 Angebote entwickelt worden, wovon 39 Willkommensklassen durch die 6 Profivereine ALBA Berlin, BR Volleys, Füchse Berlin, 1. FC Union Berlin, Eisbären Berlin und Hertha BSC betreut werden.

Insgesamt gibt es gegenwärtig in Berlin ca. 750 Willkommensklassen mit rund 8.500 Schülerinnen und Schülern. An allen Willkommensklassen gehören vielfältige Sport- und Bewegungsangebote zum Angebot an den Berliner Grundschulen.

Rückfragen: *Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers* *Tel.:(030) 90227 - 5843, Telefon: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 17.02.2016, 15:30 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
**AUFRUF AN GEFLÜCHTETE IN BERLIN,
DIE BISHER NICHT REGISTRIERT SIND**

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) wendet sich mit folgendem Aufruf an alle nicht-registrierten und privat wohnenden Geflüchteten in Berlin zur schnellen Registrierung:

“Wenn Sie geflüchtet und derzeit privat in Berlin untergebracht sind, bis jetzt aber keine Möglichkeit zur Anmeldung hatten, können und sollten Sie sich jetzt registrieren lassen. Über eine Internetseite mit einem E-Mail-Kontakt in deutscher und englischer Sprache können Sie sich per E-Mail für einen Registrierungstermin in der Kruppstraße anmelden. Sie müssen also nicht für einen Termin in die Turmstraße.”

So funktioniert die Anmeldung:

1. Sie rufen die Internetseite Anmeldung zur Registrierung auf (<http://www.berlin.de/lageso/soziales/ausiedler/anmeldung-zur-registrierung>) und klicken auf den E-Mail-Kontakt: registrierung@lageso.berlin.de
2. Die E-Mail versehen Sie mit einigen persönlichen Angaben und senden diese an die vorangestellte Adresse ab.
3. Das LAGeSo sendet Ihnen anschließend per Post eine Terminkarte mit einem verbindlichen zeitnahen Termin für die Kruppstraße an Ihre derzeitige Wohnadresse in Berlin zu.
4. Sie erscheinen selbständig mit allen Personal-Dokumenten zum Termin in der Kruppstraße.
5. Es erfolgt die Registrierung.

Obwohl Flüchtlinge grundsätzlich nach der Registrierung in einer Erstaufnahmeunterkunft wohnen sollen, können Sie auf Wunsch und in Absprache mit Ihren privaten Gastgebern weiterhin privat unterkommen. Der Gastgeber kann in diesem Fall gegenüber dem LAGeSo jedoch keine finanziellen Forderungen stellen.

Fragen zur Registrierung beantworten Ihnen gerne die Mitarbeiterinnen des LAGeSo:

Frau Wagner, Tel.: (030) 90229-3539
Frau Stroschke Tel.: (030) 90229-3159

Rückfragen: Pressestelle Silvia Kostner, Telefon: (030) 90229-1014

Pressemitteilung vom 19.02.2016, 14:54 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

DEUTSCHER ETWINNING-PREIS **Drei Berliner Schulen erneut ausgezeichnet**

Zehn Schulen aus sechs Bundesländern - darunter drei aus Berlin - können sich über eine besondere Auszeichnung freuen: Der Pädagogische Austauschdienst des Sekretariats der Kultusministerkonferenz verlieh ihnen heute am 19. Februar 2016 auf der DIDACTA in Köln im Rahmen einer festlichen Veranstaltung den Deutschen eTwinning-Preis. Mit ihren ausgezeichneten Projekten haben die Schulen bewiesen, wie die Zusammenarbeit von Schulen in Europa mithilfe von digitalen Medien und Internet gelingen kann. Das Netzwerk eTwinning ist Teil des EU-Programms Erasmus+. Es unterstützt die Zusammenarbeit von Partnerschulen in Europa über das Internet und bietet dafür eine geschützte Plattform. Die Schulen finden mit eTwinning unkompliziert Partnerschulen für gemeinsame Lernaktivitäten. Für den fachlichen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen eröffnet eTwinning vielfältige Möglichkeiten. Mit einem umfangreichen Fortbildungsangebot, das Seminare im In- und Ausland sowie Onlinekurse umfasst, unterstützt eTwinning interessierte Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg zu einer medienpädagogisch und europäisch ausgerichteten Schule.

„Ich gratuliere herzlich zu diesem hervorragenden Ergebnis und freue mich für die Berliner Schulen, die an den vielfältigen Projekten teilgenommen und neue Erfahrungen gesammelt haben. Die eTwinning Aktion begeistert seit Jahren viele Schülerinnen und Schüler, ermutigt sie zur Übernahme von Verantwortung für ihr jeweiliges Projekt und fördert den europäischen Schul- und Lernaustausch“, sagte Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

Zu den Berliner Siegerschulen gehören die **Schule am Pappelhof aus Berlin-Marzahn-Hellersdorf** mit dem Projekt „Spielend lernen!“, die den dritten Preis in der Alterskategorie 4 -11 Jahre erhalten. Das Projekt mit einer Partnereinrichtung aus Luxemburg zielte unter der Leitung von Anja Heinrich auf die Förderung von Kindern in der Früherziehung bzw. in der Förderschule durch selbstentwickelte Spiele in den Bereichen Sprache, Logisches Denken, Fein- und Grobmotorik, Sozialkompetenz, Kreativität und Medienkompetenz. Außerdem kann sich das **Romain-Rolland-Gymnasium aus Berlin-Reinickendorf** mit „Macbeth Latest Edition“ über den zweiten Preis in der Alterskategorie 16 - 21 Jahre freuen. Unter der Leitung von Jana Tokaryk setzten sich die Schülerinnen und Schüler mit Partnerschülern aus Frankreich, Spanien und Polen mit dem Shakespeare-Werk „Macbeth“ auseinander und übertrugen ihn in die heutige Zeit und Sprache. Die **Siegerland-Grundschule aus Berlin-Spandau** wird für ihr Projekt „The New Who Do You Think You are – come trace your roots with us“ mit dem Spezialpreis des Pädagogischen Austauschdienstes 2016 zum Thema „Migration-Integration: Schule gestaltet Vielfalt!“

ausgezeichnet. Für dieses Projekt hat die bereits mehrfach mit eTwinning-Preisen ausgezeichnete Kollegin, Christiane Meisenburg, die Leitung übernommen.

Die eTwinning-Preise werden in drei Alterskategorien sowie in einer Spezialkategorie vergeben. Mit der Auszeichnung verbunden ist ein Geldpreis von 1.500 Euro für die Zweitplatzierten und von 1.000 Euro für die Drittplatzierten sowie den Spezialpreis.

In Berlin ist eTwinning ein Leitprojekt des „eEducation Berlin Masterplans“. In einem lebendigen Online-Netzwerk können Schulen über das Internet miteinander kommunizieren, Partnerschulen im Ausland finden und in einem geschützten virtuellen Klassenraum zusammen arbeiten. Durch entsprechende Unterstützung und Werkzeuge können die teilnehmenden Schulen kurz- oder langfristige Projekte in jedem Unterrichtsfach durchführen. eTwinning fördert aber nicht nur das kollaborative Lernen im Unterricht, es unterstützt auch die Entwicklung von Medienkompetenz und lässt die Schülerinnen und Schüler bei ihrer täglichen Arbeit mit den europäischen Partnern die Vielfalt in Europa als Bereicherung erleben.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Telefon: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 22.02.2016, 09:42 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER ÜBERGIBT BERNHARD SIMON **BUNDESVERDIENSTKREUZ**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, überreicht am Dienstag, 23. Februar 2016, um 15.00 Uhr in seinem Amtszimmer dem Juristen Bernhard Simon das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Aushändigung erfolgt im Auftrag des Bundespräsidenten.

Müller: „Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten in der Flüchtlingsfrage ist die Auszeichnung Bernhard Simons ein wichtiges Zeichen für die gesellschaftliche Wertschätzung des Einsatzes für Menschen, die bei uns Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen. Herr Simon ist stellvertretendes Mitglied der Härtefallkommission des Landes Berlin, der er als ehrenamtlicher Mitarbeiter des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes angehört. Er hat mit juristischem Sachverstand, großem Engagement und hohem Zeiteinsatz in Hunderten von Fällen mitgeholfen, dass Menschen oft auch mit ihren Angehörigen in unserem Land bleiben konnten und bei uns eine Lebensperspektive bekommen haben.“

Der Regierende Bürgermeister weiter: „Herrn Simons Bürgerschaftliches Engagement resultiert aus seiner

christlichen Überzeugung und zeigt sich genauso in seiner Arbeit in der Charlottenburger Sankt-Canisius-Gemeinde oder in seiner Tätigkeit für das Erzbistum Berlin im Caritasverband. Bernhard Simon steht damit stellvertretend für die vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich in Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften für das Wohl anderer einsetzen. Dafür gebührt all diesen Menschen unser aller Dank.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 22.02.2016, 13:54 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

ERÖFFNUNG

DER BERLINER LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG IM AMERIKA HAUS

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat aktuell ihr neues Domizil im Amerika Haus in der Hardenbergstraße bezogen. „Anknüpfend an die Bildungs- und Begegnungstradition des Amerika Hauses wird die Landeszentrale ein Zentrum der politischen Bildung in Berlin errichten“, so die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres. „Mit Besucherzentrum, Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen wie Foren, Workshops und Seminaren wird sich das Amerika Haus mit der Landeszentrale wieder zu einem Ort der Kommunikation, des Austausches und des Dialogs entwickeln.“

Das Amerika Haus blickt auf eine lange Tradition des politischen und zivilgesellschaftlichen Dialogs zurück und spiegelt dabei die wechselvollen transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik seit Ende des Zweiten Weltkrieges wider: 1957 als Niederlassung des United States Information Service (USIS) gegründet, spielten die Räumlichkeiten eine zentrale Rolle innerhalb der politischen und kulturellen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dienten der Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Nachkriegsentwicklung. Ausgestattet mit einem Kino, einer Bibliothek und großräumigen Ausstellungsflächen bot das Amerika Haus im Westberliner Teil der Stadt ein Zentrum des Dialogs und der Kommunikation. Ende der Sechziger Jahre rückte das Gebäude zunehmend auch als Ort des zivilgesellschaftlichen Protests gegen den Vietnamkrieg in den Fokus der Öffentlichkeit.

Mit der Wiedervereinigung von Ost und West verlor das Gebäude jedoch zunehmend an Bedeutung. In Folge der terroristischen Anschläge von 9/11 und den kritischen Reaktionen auf den Irakkrieg wurde der offene Dialog im Haus zunehmend reduziert und die Immobilie 2006 durch die Amerikaner wieder dem Land Berlin übergeben. Mit dem Umzug der Landeszentrale in diese Räumlichkeiten wird die Tradition des zivilgesellschaftlichen Dialogs im Amerika Haus nun wieder aufgenommen.

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung verfolgt das Ziel, politische Bildung in Berlin auf überparteilicher Grundlage zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zu unterstützen, Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen. Mit der Förderung lokaler Projekte im Bereich der politischen Bildung, dient sie als kulturelle Begegnungsstätte, Informationszentrum und Förderer demokratischen Engagements. Trägern der politischen Bildung stehen die Räumlichkeiten zudem für eigene Veranstaltungen offen.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Telefon: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 23.02.2016, 13:10 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

BESCHLUSS DES SENATS ZUM UMGANG MIT DER STANDORTAUSWAHL FÜR DIE FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG

Aus der Sitzung des Senats am 23. Februar 2016:

Bei der Grundstücksauswahl zur Aufstellung von Containern zur Unterbringung von Flüchtlingen sowie Asylbewerberinnen und -bewerbern erfolgt eine angemessene Verteilung der Standorte auf die Bezirke. Soweit es einen Konsens mit einzelnen Bezirken über zu nutzende Grundstücke gibt, wird dieser Konsens nachvollzogen. Die über die Bezirksmeldungen hinausgehenden zusätzlichen Grundstücke bis zur Maximalanzahl von 30 Grundstücken werden durch den Senat entschieden. Insgesamt entstehen unverzüglich Containerunterkünfte für ca. 15.000 Menschen. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) hat mit der Ausschreibung der Wohncontainer begonnen.

Mit dem Haushaltsgesetz wurde für die Jahre 2016 und 2017 die Errichtung von bis zu 60 Modularbauten als Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) beschlossen. Davon werden im Jahr 2016 die 26 Grundstücke der Roten Nummer 2651 bebaut. Die RN 2650 A (SIWA II) wird um die MUF-Grundstücke aus der 26er-Liste ergänzt und in neuer Fassung im Hauptausschuss am 2.3.2016 beschlossen. Zudem entstehen 12 MUF durch die Wohnungsbaugesellschaften. Insgesamt können in 2016 damit modulare Unterkünfte für Flüchtlinge für ca. 19.000 Menschen entstehen.

Der Senat beschließt die Vorlage Nr. S-925/2016 („Bereitstellung von 60 Grundstücken für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Modulbauweise“) als Grundlage für die Abstimmungsgespräche mit den Bezirken. Ein Grundstückstausch innerhalb eines Bezirks ist auf Vorschlag des Bezirks möglich.

Der Senat wird Anfang Mai eine Bedarfsprognose der Unterbringungsnotwendigkeiten für 2016 und 2017 vorlegen. Weitere Flächen stellen insoweit weitere Standortpotentiale dar. Mit den Bezirken konsentiertere Grundstücke werden realisiert, über notwendige Grundstücke,

für die kein Konsens gefunden werden konnte, entscheidet der Senat unter Berücksichtigung der Bedarfssprognose abschließend. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die Wohnungsbaugesellschaften sowie die berlinovo können alle weiteren (Vor-) Planungen, Ausschreibungen und ggf. Vergaben für die MUF vorantreiben.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden wird eine gerechte Gesamtverteilung der unterzubringenden Menschen in der Stadt angestrebt, um die adäquate Heranziehung der sozialen Infrastruktur zu gewährleisten.

Pro Bezirk werden mindestens 5 und maximal 9 Grundstücke als Container- und/oder MUF-Standort belegt. Dabei werden die vorhandenen Unterbringungsplätze in den Bezirken berücksichtigt. Bezirke, die im Vergleich zu anderen Bezirken weniger Unterbringungsverantwortung wahrgenommen haben, werden prioritär herangezogen. Sollten Flächenpotenziale oder die Anrechnung bereits untergebrachter Flüchtlinge pro Bezirk dies erfordern, weicht der Senat in begründeten Einzelfällen hiervon ab.

Der Senat setzt die Gespräche mit dem Land Brandenburg hinsichtlich der Heranziehung weiterer Flächen in Brandenburg für Unterkünfte fort.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 24.02.2016, 10:00 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

BÜRGERÄMTER BIETEN SONDERSERVICE FÜR MELDEWESEN AN

Die zwölf Berliner Bezirke haben beschlossen, die Dienstleistungen An-, Ab- und Ummeldung einer Berliner Wohnung organisatorisch zu bündeln. Für diese Dienstleistungen ist eine vorherige Terminvereinbarung zwingend erforderlich. Nach knapp einwöchiger Testphase steht hierfür nun ab sofort eine eigenständige

Servicenummer unter (030) 9024 990

in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 7 und 20 Uhr **ausschließlich zur Buchung für Termine zur An-, Ab- und Ummeldung** zur Verfügung.

Somit können hierfür kurzfristig Termine angeboten werden. Dieses Verfahren ist mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport abgestimmt.

Darüber hinaus kann ein Termin auch persönlich in den Berliner Bürgerämtern vereinbart werden.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 24.02.2016, 16:20 Uhr
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT LOBT BERLIN AWARD 2016 AUS –
Motto: „Heimat in der Fremde“

Frist: **28.04.2016**

Die Dimension der Flüchtlingsbewegung weltweit wird zu einer wesentlichen Herausforderung gerade für große Städte, in denen die Menschen in großer Zahl und in kurzer Zeit Unterkunft und Versorgung, Arbeit und Integration finden sollen. Deshalb ist es notwendig, schnell angemessenen Wohnraum zu schaffen und Schnittstellen des Wohnens mit dem Stadtraum herzustellen, um die Teilnahme am städtischen Leben von Beginn an zu ermöglichen.

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher: "Angesichts der großen Herausforderung, den Neuankömmlingen in unserer Stadt ein Stück Heimat zu bieten, brauchen wir architektonisch und städtebaulich herausragende Projekte und intelligente Lösungen, von denen wir uns beispielhaft inspirieren lassen können. Heimat schaffen heißt: Unterkunft und Versorgung, Arbeit und Integration für Geflüchtete sicherzustellen. Das ist unser soziales Ziel für die wachsende Stadt." Deshalb lobt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt den Berlin Award in diesem Jahr zu dem Thema Heimat in der Fremde aus und würdigt damit nationale und internationale innovative Projekte zur Unterbringung Geflüchteter. Der "Berlin Award" wird seit 2010 zum dritten Mal mit wechselnden Themenschwerpunkten ausgelobt. Dabei geht es auch darum, dass die Projekte sich stadträumlich einbinden lassen und die Vernetzung in den urbanen Kontext fördern. Die Projektbeiträge können sowohl durch Architekten, Planer bzw. Planerteams als auch durch Bauherren, Projektentwickler, gemeinschaftliche Initiativen, Institute und Betreiber eingereicht werden. Die Projektbeiträge müssen realisierbar bzw. realisiert sein. Die Arbeiten müssen bis zum 28. April 2016 eingereicht werden. Eine interdisziplinäre Jury, unter ihnen die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, nominiert 10 ausgewählte Projekte in einer Jurysitzung am 31. Mai 2016 in Berlin. Der Projektaufruf wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Architekturmuseum (DMA), dem Generalkommissar des Deutschen Pavillons auf der 15. Architekturbiennale in Venedig, durchgeführt. Das DAM wird einige Projektbeiträge auswählen und in die Refugee Housing Datenbank auf <http://www.makingheimat.de> sowie in die Materialsammlung für den Deutschen Pavillon aufnehmen. Die Projekte werden im Anschluss in Berlin ausgestellt.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Telefon:

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Immobilien der Berlinovo außerhalb Berlins als Unterkünfte für Geflüchtete
Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17649.pdf>

Titel: Immobilien der Berlinovo innerhalb Berlins als Unterkünfte für Geflüchtete
Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17650.pdf>

Titel: Spenden landeseigener Unternehmen an Betreiber von Flüchtlingsunterkünften
Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17652.pdf>

Titel: Kooperation des Landesamtes für Gesundheit und Soziales mit landeseigenen Unternehmen
Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17651.pdf>

Titel: Flüchtlinge in Heckeshorn
Abgeordneter: Schlede, Stefan (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17674.pdf>

Titel: Ergebnisse der Sprachtests von Kita-Kindern im Jahr 2015 II
Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17692.pdf>

Titel: Stiftung Heimkinderfonds für ehemalige Kinder und Jugendliche, die in der Behindertenhilfe und in der Psychiatrie geschädigt worden sind
Abgeordneter: Krüger, Joachim (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17698.pdf>

Titel: Islamische Bestattungen in Berlin
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17670.pdf>

Titel: Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und ihre Dokumentation im Jahr 2015
Abgeordneter: Taş, Hakan (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17661.pdf>

Titel: Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und ihre Dokumentation im Jahr 2014
Abgeordneter: Taş, Hakan (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17662.pdf>

Titel: Wertevermittlung für eine erfolgreiche Integration in Berlin
Abgeordnete: Vogel, Katrin (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17684.pdf>

Titel: Bombenattrappe am Jüdischen Mahnmal
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17696.pdf>

Titel: Nutzung von Sport- und Turnhallen in Berlin als Notunterkünfte – und die Alternativen
Abgeordnete: Schillhaneck, Anja (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17648.pdf>

Titel: Was macht der Runde Tisch „Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“?
Abgeordneter: Birk, Thomas (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17740.pdf>

Titel: Rassistische Angriffe gegen Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin 2015 (II)
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17697.pdf>

Titel: Haftbefehle gegen rechte Szeneangehörige 2014 und 2015
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17728.pdf>

Titel: Ermordeter Mohamed – Ermittlungsspannen
Abgeordneter: Lux, Benedikt (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17492.pdf>

Titel: Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 I - Kirchen
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17733.pdf>

Titel: Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 II - Moscheen
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17734.pdf>

Titel: Anschläge auf Religionsgemeinschaften 2015 III - Synagogen
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17735.pdf>

Titel: Gab es nie Sponsoring für den Karneval der Kulturen?
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17741.pdf>

Titel: Rolle der Migrantenorganisationen in Berlin
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17742.pdf>

Titel: Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention (Nachfragen zur Drs. 17/16734)
Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17695.pdf>

Titel: Brand im BerlinHostel in der Allee der Kosmonauten in Marzahn am 27.12.2015
Abgeordnete: Kittler, Regina (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17699.pdf>

Titel: Folgen der Nutzung des Flughafengebäudes Tempelhof als Flüchtlingsunterkunft

Abgeordnete: Kapek, Antje (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17711.pdf>

Titel: Weibliche Genitalverstümmelung in Berlin
Abgeordnete: Radziwill, Ülker (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17731.pdf>

Titel: Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Berlin (VII) - Methoden zur Altersfeststellung
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17714.pdf>

Titel: Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - wann kommt Berlin endlich seinen Verpflichtungen nach?
Abgeordnete: Möller, Katrin (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17729.pdf>

Titel: Umgang mit erhöhten Beförderungsentgelten von Asylsuchenden durch BVG und S-Bahn Berlin
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17750.pdf>

Titel: Urteile des Bundessozialgerichts zum Anspruch auf Sozialhilfe für EU-Unionsbürger/-innen
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17746.pdf>

Titel: Missstände in Notunterkünften für Geflüchtete: Köpenicker Allee
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17749.pdf>

Titel: Arbeit für Geflüchtete: Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende und Geduldete
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17751.pdf>

Titel: Arbeit für Geflüchtete: „Willkommen-in-Arbeit-Büros“
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17752.pdf>

Titel: Neues Amt – alte Probleme?

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17762.pdf>

Titel: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Berlin

Abgeordneter: Kowalewski, Simon (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17736.pdf>

Titel: Wann kommt das neue Bürgeramt für Geflüchtete?

Abgeordneter: Baum, Andreas (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17743.pdf>

Titel: »Der Traum ist aus« (V) – Abschiebungen im Jahr 2015

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17759.pdf>

Titel: Gegen internationales Recht – Müllers Schnaps-idee der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17760.pdf>

Titel: Radikale Moscheen und Hassprediger in Berlin – Prüfung des Vereinsverbots der „Al-Nur-Moschee“ nur heiße Luft?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17771.pdf>

Titel: Menschenverachtende Hass-Predigten in der Neuköllner Al-Nur-Moschee III

Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17825.pdf>

Titel: Nutzung des Grundstücks Cyclopstraße 13 für Modularbauten

Abgeordneter: Zeelen, Tim-Christopher (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17748.pdf>

Titel: Geflüchtete am Berliner Arbeitsmarkt (II)

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17767.pdf>

Titel: Unterbringung Geflüchteter 2016

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17768.pdf>

Titel: Sprachkurse für Geflüchtete - Sprachkompetenz und Integration von Geflüchteten verbessern -

Abgeordneter: Lehmann, Rainer-Michael (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17792.pdf>

Titel: Organisierte Kriminalität in Berlin - Netzwerke in der Flüchtlingsunterbringung?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17770.pdf>

Titel: Aus der Turnhalle zur Arbeit oder zum Jobcenter?

Abgeordnete: Bayram, Canan (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17763.pdf>

Titel: Sofortmittel für Flüchtlingsarbeit im Jahr 2015 - Verstetigung für 2016/17 erfolgt?

Abgeordnete: Möller, Katrin (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17780.pdf>

Titel: Kita-Erzieherinnen und -Erzieher: Fachkräftemangel und Brennpunktzulage

Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17790.pdf>

Titel: Religiöse Bedürfnisse von Geflüchteten in Sammelunterkünften

Abgeordneter: Taş, Hakan (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17797.pdf>

Titel: Kontrolle von Flüchtlingsunterkünften im Jahr 2015

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17781.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (III): Ehemaliges Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in der Thielallee
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17796.pdf>

Titel: Wohnungen für Flüchtlinge (VIII): Verzicht auf Einweisung in Sammelunterkünfte
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17800.pdf>

Titel: Steuerliche Gemeinnützigkeit für den homo- und transfeindlichen Verein "Zivile Koalition e.V."
Abgeordneter: Schatz, Carsten (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17802.pdf>

Titel: Gebetsräume/Andachtsräume in öffentlichen Gebäuden/Krankenhäusern
Abgeordneter: Claus-Brunner, Gerwald (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17807.pdf>

Titel: Stadtteilmütter und Integrationslots(inn)en-Wege in Beschäftigung oder Sackgasse I (Berufsbild Stadtteilmutter/Integrationslots(in): Chance oder Ausschluss für Menschen ohne formale Bildung)
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17839.pdf>

Titel: Kurdische Flüchtlinge in Berlin
Abgeordneter: Altug, Dr. Turgut (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17840.pdf>

Titel: Geflüchtete Datenerfassung I - Ist-Zustand und Vergangenheit
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17863.pdf>

Titel: Sicherstellung des Einkommens und Vermögens von Asylsuchenden in Berlin
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17801.pdf>

Titel: Kampf gegen die Rockerkriminalität - Verbindungen zwischen Islamisten und Rockermilieu in Berlin?
Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17820.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:
**BERLINER
 EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

BMI: **52.103 ASYLBEWERBER IM JANUAR 2016**

Im Januar 2016 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 52.103 Asylanträge gestellt.

Dies bedeutet einen Anstieg von 108,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2015.

Entschieden hat das Bundesamt im Januar 2016 über die Anträge von 49.384 Personen. Dies bedeutet einen Anstieg von 176,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2015 (17.835 Entscheidungen). 31.160 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (63,1 Prozent aller Asylentscheidungen).

Zudem erhielten 194 Personen (0,4 Prozent) subsidiären Schutz im Sinne der EU-Richtlinie 2011/95/EU. Bei 269 Personen (0,5 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Asylsuchenden nach Deutschland lag auch im Januar 2016 deutlich höher, da die formale Asylantragstellung teilweise erst zeitlich verzögert möglich ist. So sind im EASY-

System im Monat Januar 2016 bundesweit etwa 91.700 Zugänge von Asylsuchenden registriert worden. Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Doppelerfassungen wegen der zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden erkennungsdienstlichen Behandlung und der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten nicht ausgeschlossen.

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2016/02/asylantraege-januar-2016.html>.

[PM BMI v. 04.02.2016; RED]

Das Asylpaket II:

MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

Amnesty International, Deutscher Anwaltverein und PRO ASYL kritisieren geplante massive Verschlechterung der Asylverfahren in Deutschland

Die Bundesregierung setzt mit dem beschlossenen Asylpaket II auf eine Politik von Härte und Unverhältnismäßigkeit gegenüber Menschen auf der Flucht, kritisieren Amnesty International, Deutscher Anwaltverein (DAV) und PRO ASYL. "Die neuen beschleunigten Verfahren gefährden massiv die Menschenrechte von Flüchtlingen", sagt Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. "Anstatt zu gewährleisten, dass Asylanträge einfach schneller bearbeitet werden, was gerade für die Betroffenen wichtig ist, werden die Verfahren verschlechtert. Der Zeitdruck auf die Sachbearbeiter wird erhöht, und die individuellen Gründe für Flucht und Asyl können kaum noch geprüft werden."

Bei den Schnellverfahren gelten extrem kurze Fristen. Insbesondere Flüchtlinge ohne Papiere werden diesen Verfahren unterworfen, weil ihnen eine mangelnde Mitwirkungsbereitschaft im Asylverfahren unterstellt wird. Damit wird das Schnellverfahren zum Standardverfahren. Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt warnt: "Es darf keine rechtsschutzfreien Räume geben, Schnell-Ablehnungen dürfen nicht zum Standard werden."

In den besonderen Aufnahmezentren ist keine kostenlose Rechtsberatung vorgesehen. Faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten sowie Gerichten werden kaum noch möglich sein. "Um der Rechtsweggarantie des Grundgesetzes zu entsprechen, ist es erforderlich, dass jeder Flüchtling in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit hat, sich anwaltlich beraten und vertreten zu lassen", sagt Rechtsanwältin Gisela Seidler, Vorsitzende des Ausschusses Ausländer- und Asylrecht des Deutschen Anwaltvereins. "Deshalb ist es erforderlich, neue Modelle der Finanzierung der anwaltlichen Beratung zu finden." Wegen des jüngst eingeführten Sachleistungsprinzips verfügen viele Asylsu-

chende gar nicht über die finanziellen Mittel, um einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

Selbst Menschen, die krank oder durch Erlebnisse in ihrem Herkunftsland schwer traumatisiert sind, können mit dem neuen Gesetz leichter abgeschoben werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass von Gesetzes wegen eine Vermutung besteht, "dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen". Reichen Kranke ein ärztliches Attest nicht unverzüglich ein, bleibt dieses unberücksichtigt. Atteste von Psychotherapeuten sollen nicht ausreichen, obwohl hier eine besondere Expertise in der Traumabehandlung und -diagnose besteht. "Die Regierung gefährdet so das Leben und die Gesundheit der Betroffenen", kritisiert Burkhardt.

Laut Gesetzentwurf soll der Familiennachzug für subsidiär Geschützte, zum Beispiel Menschen aus Kriegsgebieten, für zwei Jahre ausgesetzt werden. In der Praxis würde dies mit dem Asylverfahren und der Bearbeitungszeit für den Antrag auf Zusammenführung eine mehrjährige Trennung von Familien bedeuten. Die drohende Aussetzung des Familiennachzugs wird den derzeitigen Trend verstärken, dass Kleinkinder, Kinder und Frauen sich auf die lebensgefährliche Fluchtroute und in die Hände von Schleusern begeben. "Mit dieser Politik unterläuft die Bundesregierung ihren selbstgestellten Anspruch auf eine zügige Integration in Deutschland", sagt Çalışkan. "Die Zusammenführung mit ihrer Familie und das Wissen um ihre Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Geflüchtete Perspektiven für das Leben in einem neuen Land entwickeln und Traumata von Krieg und Flucht verarbeiten können."

Der Vorschlag, Tunesien, Algerien und Marokko zu "sicheren" Herkunftsstaaten zu erklären, stößt auf massive Kritik. Çalışkan: "Das Konzept der 'sicheren Herkunftsländer' ist nicht mit dem Recht auf ein individuelles Asylverfahren vereinbar. In Bezug auf die Maghreb-Staaten scheint die dortige Menschenrechtssituation bei den Überlegungen überhaupt keine Rolle gespielt zu haben." In Marokko und Tunesien dokumentiert Amnesty seit Jahren Folter durch Polizei und Sicherheitskräfte. In beiden Ländern wurden Homosexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. In Tunesien, aber auch in Algerien, wird das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt.

Die Organisationen werfen der Bundesregierung vor, Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten zu ignorieren und stattdessen Persil-Scheine auszustellen, die dazu führen, dass in den Eilverfahren die Fluchtgründe praktisch nicht mehr geprüft werden.

[DAV, 03.02.2016]

Kontakt

Deutscher Anwaltverein e.V. (DAV)
Swen Walentowski, Pressesprecher

Littenstraße 11
10179 Berlin
Telefon: (030) 7261520
Fax: (030) 726152190

E-Mail: walentowski@anwaltverein.de
Internet: <http://www.anwaltverein.de>
(dvf, cl)

HOMOSEXUELLEN- VERFOLGERSTAATEN SIND KEINE „SICHEREN HERKUNFTSLÄNDER“ LSVD protestiert gegen Gesetzentwurf zu Algerien, Marokko und Tunesien

Zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die Länder Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ einzustufen, erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Die geplante Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ ist eine menschenrechtliche Bankrotterklärung. In allen drei Ländern gibt es politische Verfolgung, sind nicht zuletzt Schwule und Lesben massiven Verfolgungen ausgesetzt. In Algerien, Marokko und Tunesien ist einvernehmliche Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts mit hohen Gefängnisstrafen bedroht.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) protestiert dagegen, dass die Bundesregierung mit ihren Vorstoß die weltweiten Bemühungen um die Entkriminalisierung von Homosexualität mit Füßen tritt. Wer Algerien, Marokko und Tunesien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt, rechtfertigt die Verfolgung Homosexueller. Er macht sich mitschuldig, dass dort Menschen politisch verfolgt, eingesperrt und misshandelt werden, nur weil sie anders lieben.

Es ist unfassbar, dass die SPD die Hand dazu reicht. Wir erwarten von SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen, dass sie die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ spätestens im Bundesrat stoppen. Von CDU/CSU, die die politische Hauptverantwortung tragen für die frühere menschenrechtswidrige Strafverfolgung von Homosexualität in der Bundesrepublik, ist hier offenbar nicht zu erwarten, dass ihnen die Grundrechte Homosexueller irgendetwas bedeuten.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt klar und eindeutig: „Für die Bestimmung eines Staates zum sicheren Herkunftsstaat muss Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen“ (BVerfGE 94, 115). Für die Bevölkerungsgruppe der Lesben und Schwulen besteht diese Sicherheit in Algerien, Marokko und Tunesien in keiner Weise. Denn die homo-phoben Strafge-

setze werden auch angewandt, wie selbst die Bundesregierung einräumen musste.

Verbunden mit dem ebenfalls empörenden Asylrechtseinschränkungen im „Asylpaket II“ wie der Einführung von Schnellverfahren und der Lagerpflicht für Schutzsuchende aus so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ wird damit das Asylrecht zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt.

Das ist eine perfide Instrumentalisierung der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln. Sexistischen Übergriffen muss mit Prävention, guter Polizeiarbeit und konsequenter Strafverfolgung entschieden entgegengetreten werden und nicht damit, dass ausgerechnet Menschen, die vor sexistischer und homophober Verfolgung zu uns flüchten, der Schutz abgeschnitten wird.

[PM LSVD v.02.02.2016]

Hintergrund:

<http://www.queer-refugees.de>

Der Lesben- und Schwulenverband im Internet:

<http://www.lsvd.de>

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Otto Benecke Stiftung e.V. im IQ Netzwerk Berlin –
Projekt Zentrale Erstanlaufstelle Anerkennung (ZEA):
**STELLENAUSSCHREIBUNG FÜR
DIE TÄTIGKEIT ALS BILDUNGSREFERENT/-IN
MIT SEHR GUTEN ARABISCHKENNTNISSEN**

Frist: **20.03.2016**

Ab dem 15. April 2016 (Beschäftigungsumfang mit 19,5
Stunden/Woche (50% Stelle), Vergütung analog EG 11
TVöD Bund)

Bewerbungsfrist: 20.03.2016

Die ZEA ist eine Beratungsstelle, die sich an alle Per-
sonen wendet, die im Ausland eine Berufsqualifikation
erworben haben und sich über die Anerkennung (Prü-
fung der Gleichwertigkeit) dieser Berufsqualifikation
sowie über Qualifizierungsmöglichkeiten in diesem
Kontext informieren möchten. Die Berater/innen der
ZEA unterstützen Anerkennungssuchende, vor wäh-
rend und nach dem Anerkennungsverfahren. Gesucht
wird ein/e arabischsprachige/r Anerkennungsberater/in
insbesondere für die Beratung von Per-sonen aus dem
arabischen Sprachraum. Die Stelle ist befristet bis
31.12.2016 (mit Verlängerungsoption vorbehaltlich der
Förderzusage).

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsun-
terlagen bis zum 20. März 2016 in einer PDF-Datei oh-
ne Foto an folgende Adresse:

OBSBewerbung@obs-ev.de.

Die vollständige Ausschreibung finden Sie im Internet
unter: <http://www.berlin.netzwerk-iq.de>.

Ab 07.03., noch freie Plätze:

EINCHECKEN INS GASTGEWERBE
**Gastfreundschaft lernen und den Sprung ins Gast-
gewerbe schaffen für alle zwischen 18 und 35 Jah-
ren**

Am 07.03.2016 startet ein 7-wöchiges Vorbereitungs-
programm für Interessierte am Hotel- und Gaststätten-
gewerbe. Mit einer Mischung aus Workshops und Pra-
xiseinsätzen trainieren die Teilnehmenden Kompeten-
zen, die in dieser Branche besonders gefragt sind. Die
Aktivitäten finden an jeweils zwei Tagen pro Woche
statt. Sie werden begleitet durch ein persönliches
Coaching zur Vermittlung in Ausbildung oder Beschäf-

tigung. Teilzeitmöglichkeiten für Mütter und Väter wer-
den besonders unterstützt.

Das Programm steht allen zwischen 18 und 35 Jahren
offen und ist kostenlos.

Es gibt noch freie Plätze!

Kurskalender:

[http://www.behoga-berlin.de/wp-
content/uploads/2016/01/Be-
HOGA_Kurskalender_Maerz-April-2016_bm.pdf](http://www.behoga-berlin.de/wp-content/uploads/2016/01/Behoga_Kurskalender_Maerz-April-2016_bm.pdf)

Mehr Informationen gibt es unter

<http://www.behoga-berlin.de>;
E-Mail: info@behoga-berlin.de
oder unter Tel. (030) 397 391 66.

Das Programm ist Teil des Projektes Be HOGA – Perspektiven im
Berliner Gastgewerbe, das bildungsmarkt e.v., LIFE e.V. und kiezkü-
chen gmbh in Zusammenarbeit mit Unternehmen des Berliner Gast-
gewerbes bis 2019 durchführen.

Kontakt

bildungsmarkt e.v.
Projekt Be HOGA
Robin Kremer
Waldenser Straße 2-4
10551 Berlin

Tel.: (030) 397 391-66
Fax: (030) 397 391-15

E-Mail: rkremer@bildungsmarkt.de

NEUSTART

**START-Stipendien für neu zugewanderte,
motivierte Jugendliche zu vergeben**

Frist: **20.05.2016**

Bewerbungen sind vom **15. März bis 20. Mai 2016**
online unter <http://www.start-stiftung.de> möglich.

Das START-Schülerstipendienprogramm widmet sich
seit 2002 erfolgreich der Potential- und Engagement
Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
Mit diesen Erfahrungen und einem Netzwerk aus enga-
gierten Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte
konzentriert sich START ab jetzt auf die Unterstützung
neu zugewanderter junger Menschen, die erst seit we-
nigen Jahren in Deutschland leben (bis zu 5 J.). START
begleitet sie zwei Jahre lang mit materieller und ideeller
Förderung auf ihrem Bildungsweg – unabhängig von
ihrer aktuellen Schulform und dem angestrebten Schul-
abschluss. Das Stipendium unterstützt die Jugendli-
chen dabei, ihre Potenziale zu entfalten, Bildungsziele
aktiv anzugehen und den eigenen Weg zu finden.

Wie fördert START?

Finanzielle Unterstützung, vielfältige Bildungsangebote, eine persönliche Betreuung und ein starkes Netzwerk aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ihren Weg bereits erfolgreich gegangen sind - START bietet den neu zugewanderten Jugendlichen die Chance, schneller in Deutschland anzukommen, sich weiterzuentwickeln und einen Bildungsabschluss zu erreichen, der ihren Fähigkeiten entspricht. Die Stipendiaten erhalten bei der Aufnahme einen Laptop und Drucker und werden zwei Jahre lang mit 100 EUR Bildungsgeld pro Monat und einem umfangreichen Bildungsprogramm aus Seminaren, Workshops, Exkursionen, Beratungsangeboten, etc. auf ihrem Bildungsweg begleitet. Sie profitieren darüber hinaus von einem aktiven Netzwerk aus rund 630 Stipendiaten und rund 1500 Ehemaligen.

Wer kann sich bei START bewerben?

Wir suchen motivierte Schülerinnen und Schüler aller Schularten, die

- erst seit wenigen Jahren in Deutschland leben (bis zu etwa 5 Jahre),
- Interesse an schulischer und persönlicher Weiterentwicklung haben und hohe soziale Kompetenzen aufweisen,
- mindestens in der 8. Klasse sind und noch mindestens zwei weitere Jahre eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen,
- zwischen 14 und 21 Jahre alt sind,
- in finanziell schwierigen Verhältnissen leben.

In den nächsten Tagen erhalten alle weiterführenden Schulen die ausführlichen Informationen zur Ausschreibung.

Kontakt

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft Berlin
Daniela Borck
START Landeskoordinatorin Berlin
II A 3 Bo
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Tel. (030) 90227 5731

E-Mail: daniela.borck@senbjw.berlin.de
Internet: <http://www.start-stiftung.de>

11./12.03., Fortbildung:

INTERKULTURELLE KOMPETENZ FÜR ÄRZTE UND PSYCHOTHERAPEUTEN Qualifizierung zur Versorgung von Patienten mit Migrationshintergrund / Flüchtlingen

Termin

Fr und Sa . 11./12. März 2016,
16.00 - 19.00 Uhr (Fr) und 10.00 - 16.30 Uhr (Sa)
Zertifiziert durch die Ärztekammer Berlin
(18 Fortbildungspunkte)

Veranstaltungsort:

Campus Charité Mitte

Ziele

- Verbessertes Kontakt mit Patienten mit Migrationshintergrund / Flüchtlingen
- Schnellere korrekte Diagnosen und Verhinderung von Chronifizierungen
- Erhöhung der Patienten-Compliance und Psychohygiene der Patienten
- Konstruktiver Umgang mit kulturellen Unterschieden und Konflikten

Inhalte

- Flucht, Migration und Gesundheit (Demografie, Epidemiologie)
- Kulturelle Orientierungen und Selbstreflexion im Umgang mit dem „Fremden“
- Rollenverständnis Arzt – Patient / Therapeut – Patient
- Rolle von Angehörigen
- Geschlechterrollen
- Schmerzäußerung, Symptompräsentation (inkl. Symptome von Posttraumatischer Belastungsstörung – PTBS)

Zielgruppe

Ärztinnen / Ärzte im Krankenhaus, niedergelassene Mediziner/innen sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind die Zielgruppe dieses Angebots.

Dozentin

Dr. phil. Ute Siebert, Ethnologin
Trainings und Beratung für Interkulturelle Kompetenz in der Medizin <http://www.www.siebert-interkulturell.de>

Gebühr: 170 Euro

Anmeldung und Kontakt

E-Mail: chia@charite.de
Charité International Academy
Rückfragen: Herr Christian Koller,
Tel.: (030) 450 576 454

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):

AKTUELLE WEITERBILDUNGEN

Start: 09.03 und 04.04.2016

Start 09.03., Berufsbegleitende Online-Fortbildung: Social Media, Online-PR und –Marketing Für Mitarbeiterinnen aus Vereinen, Projekten und Institutionen

Verschaffen Sie ihrer Kommunikation ein Update. Die 12-wöchige Fortbildung bietet einen praxisorientierten Überblick über aktuell relevante Instrumente professioneller Online-Kommunikation – von klassischer Newsletter-PR bis zu viralem Online-Marketing und persönlichem Reputationsmanagement.

In zwei, jeweils dreistündigen Präsenzworkshops und ca. sechs Stunden E-Learning wöchentlich lernen Sie am eigenen Computer PR-alltagsnahe Aufgabenstellungen zu bearbeiten – effizient, nachhaltig und kostengünstig. Die Web Expertin Dr. Karin Windt (<http://www.webgewandt.de/>) begleitet und berät Sie dabei.

Inhalte: Grundlagen der Online-PR und -Marketing, Arbeitsplatzcheck: Serienmails, Cloud Computing, mobiles Arbeiten, E-Mail- und Newsletter-Marketing, Social Media – Werkzeuge und Monitoring, Online-Reputationsmanagement und Online-Netzwerke für den Beruf, Websites für Unternehmen und Organisationen, E-Commerce, Suchmaschinenoptimierung (SEO) und -marketing (SEM), Barrierefreiheit und Usability, Recht 2.0: Privatsphäre, Datenschutz und Urheberrecht

Zielgruppe: angestellt, selbstständig oder freiberuflich arbeitende Frauen

Lernform: E-Learning mit zwei Präsenz-Workshops (Blended Learning)

Mehr Info zur Fortbildung:

<http://fczb.de/social-media-online-pr-und-marketing/>

Kosten/Förderung: 450 Euro/erm. 270 Euro.

Bildungsprämie auf Anfrage

Start: 4. April 2016 (Dauer 26 Wochen):

Fachkraft MS Office

und Online-Zusammenarbeit

**Für erwerbslose Frauen, zur Vorbereitung
auf qualifizierte Bürojobs in diversen Branchen**

Ob Wiedereinstieg nach längerer Erwerbslosigkeit oder berufliche Umorientierung: Solide IT- und Medienkompetenzen sind in nahezu allen Berufsbereichen unerlässlich, in jedem Fall aber Voraussetzung für qualifizierte Tätigkeiten in Büro und Verwaltung.

Inhalte: Neben den Standardanwendungen allgemeiner Bürokommunikation, MS Office und Internet lernen Sie auch Werkzeuge zur Online-Zusammenarbeit und Online-Arbeitsorganisation kennen, inkl. Urheberrecht, Datenschutz und IT-Sicherheit im Internet und individuell wählbare ECDL-Vorbereitung und –Prüfungen. Mit diesem Know-how qualifizieren Sie sich für moderne Beschäftigungsfelder.

Zielgruppe: Wiedereinsteigerinnen nach längerer Erwerbslosigkeit und erwerbslose Frauen, die sich beruflich umorientieren wollen und aktuelle, bürotaugliche Office- und Internetkenntnisse benötigen

Lernform: Präsenztraining, Vollzeit, Teilzeit ggf. nach Absprache möglich

Kosten/Förderung: Bildungsgutschein der Agentur für Arbeit/Jobcenter, Selbstzahlerinnen

Mehr Info zur Fortbildung:

<http://fczb.de/fachkraft-ms-office-und-online-zusammenarbeit/>

Kontakt, Information und Anmeldung

Veranstaltungsort:

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1 (U-Bhf. Schlesisches Tor)
10997 Berlin-Kreuzberg

Anmeldung/Beratung: Renate Wolf,
Tel: (030) 617970-16

E-Mail: info@fczb.de

Internet: <http://www.fczb.de>

Berufsbegleitender

Hochschul-Zertifikatskurs 2016:

„PÄDAGOGIK FÜR VERMITTLUNG SOZIALER KOMPETENZEN UND GEWALTPRÄVENTION“

Bewerbungsfrist: **01.04.2016**

Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) bietet in Kooperation mit dem Berliner Institut für soziale Kompetenz und Gewaltprävention e.V. (BISG) in der Zeit vom 27.05.2016 bis 15.07.2017 die zertifizierte Zusatzausbildung zum/zur „Pädagogen/-in für Vermittlung sozialer Kompetenzen und Gewaltprävention“ zum vierzehnten Mal an.

Der berufsbegleitende Hochschul-Zertifikatskurs richtet sich an Lehr- und Fachkräfte aus den Bereichen Schule, Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie, die sich mit dem Konzept der „Selbstwertstärkenden Konfrontationspädagogik & Neuen Autorität in der Schule und Jugendhilfe“ intensiver auseinander setzen, die Haltungen und Interventionsmöglichkeiten dieses Ansatzes vertiefen und in ihrer beruflichen Praxis anwenden möchten.

Die Bewerbungsfrist endet am 01.04.2016.

Info und Kontakt:

[http://www.ash-](http://www.ash-ber-)

[ber-](#)

[lin.eu/weiterbildung/zertifikatskurse/?&kurs_jahr=2016&kurs_id=186](http://www.ash-ber.eu/weiterbildung/zertifikatskurse/?&kurs_jahr=2016&kurs_id=186)

und <http://www.soziales-training.de>

Bewerbungsformular:

http://www.ash-berlin.eu/fileadmin/user_upload/pdfs/Weiterbildung/Zertifikatskurs-Bewerbungsformular_neu.pdf

Ab 18.04., LIFE e.V.,
Fit für den Arbeitsmarkt:

PROJEKTMANAGEMENT FÜR FRAUEN AUS ALLEN KULTUREN

Dauer: 18. April – 29 Juni 2016,

Veranstaltungsort:

LIFE e.V., Rheinstraße 45
12161 Berlin-Friedenau

Info-Faltblatt: http://www.life-online.de/download/20160203_PM_LIFE.pdf

Der Frauenbildungsträger LIFE e.V. bietet ab April die elfwöchige Weiterbildung „Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen“ an. Akademikerinnen können sich hier weiter qualifizieren und fit machen für den Arbeitsmarkt. Das Angebot wird in Teilzeit in Berlin-Friedenau durchgeführt. Förderung der deutschen Fachsprache ist inbegriffen.

Kosten: Selbstzahlerin oder Bildungsgutschein
Mehr Informationen finden Sie unter

http://www.life-online.de/angebote/arbeitsmarkt/a_projektmanag.html

Kontakt und Anmeldung

LIFE e.V.
Rotraud Flindt

Tel: (030) 308798-18

E-Mail projekt@life-online.de
Internet: <http://www.life-online.de>

WeTek, "Chance Betrieb":

ZIEL „ERZIEHERAUSBILDUNG“ Vorbereitungskurs für die Erzieherausbildung für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – Einstieg jederzeit möglich

**Der Kurs richtet sich an Interessierte
im Alter von 18-35 Jahren!**

Die Qualifizierung ist modular aufgebaut, so dass der Einstieg jederzeit möglich ist. Je nach Bedarf werden die Teilnehmer*innen über berufliche Grundqualifizierung (Erzieherhelfer/in), Sprachförderung, begleitete

Praktika in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe an einen potenziellen Ausbildungsplatz für die (berufsbegleitende) Erzieherausbildung herangeführt.

Dieses Angebot wendet sich auch an pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund, deren Potenzial häufig ungenutzt bleibt und unterstützt sie bei der formalen Anerkennung der Ausbildungsgänge der Herkunftsländer, beim Zugang zum Berufsfeld sowie beim Abbau der Sprachbarrieren.

Das Ziel ist, dass jeder*r Teilnehmer*in eine passgenaue Unterstützung entsprechend der individuellen Voraussetzungen erhält und mit einer Ausbildung bzw. beruflichen Tätigkeit im Anschluss an die Qualifizierung startet:

- Bewerbungscoaching
- Begleitung bei der Anerkennung der im Ausland erworbenen Schulabschlüsse bzw. Ausbildungen
- Unterstützung bei der Suche nach notwendigen (Nach)Qualifizierungen (z.B. Mittlerer Schulabschluss,)
- Unterstützung bei der Suche nach einer passenden Arbeits-/Praxisstelle für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieher*in
- Berufliche Grundqualifizierung - Einführung in professionelles pädagogisches Handeln mit Zertifikat Erzieherhelfer
- Deutschsprachkurs B2 mit Telc Test
- Begleitung des Praktikums (fortlaufende Reflexion und Vermittlung praktischer und theoretischer Kenntnisse)

Gerade das begleitete Praktikum bietet mit der Verknüpfung von erzieherischer Tätigkeit und theoretischen Ausbildungstagen nicht nur die Chance die sozialpädagogische Arbeit im Kindergarten, der Schule oder Jugendhilfeeinrichtungen zu erproben, sondern ein realistisches Bild der Anforderungen, die während der (berufsbegleitenden) Ausbildung zur Erzieher*in auf die Teilnehmer*innen zukommen, zu erhalten und ist häufig die Brücke zur Arbeitsstelle.

Die modulare Qualifizierung ist für die Teilnehmer*innen kostenfrei. Der Start ist jederzeit möglich!

Info-Faltblatt:

http://www.wetek.de/fileadmin/work/Bilder/Flyer/IsA_Flyer.pdf

Kontakt und Anmeldung

Telefonischer Kontakt:

(030) 22 50 91 76 oder (030) 44 38 33 65

Oder E-Mail: chance@wetek.de

Kursräume:

Erich Weinert Straße 145 (Aufgang F, 3. OG)
10409 Berlin (Nähe des S-Bhf. Greifswalder Str.)

Internet: <http://www.wetek.de>

Ab 21.05., ZSIMT Berlin, Fortbildung:

INTERKULTURELLE BERATUNG – diversitätsgerecht und diskriminierungsfrei

ZSIMT (Zentrum für soziale Inklusion, Migration und Teilhabe) Berlin bietet 2016 zum vierten Mal eine Fortbildung für Praktiker_innen der interkulturellen Beratung an. Die Fortbildung ist für Ehrenamtliche, Quereinsteiger_innen, Hauptberufliche und ausgebildete Sozialarbeiter_innen geeignet.

In dieser Fortbildung werden ein bewusster Umgang mit eigenen Vorurteilen und der eigenen gesellschaftlichen Position angeregt, sowie Kompetenzen zur diskriminierungs- und kultursensiblen Gesprächsführung auf Augenhöhe vermittelt. Die Ziele sind, verständlich und vertrauensvoll zu kommunizieren, verantwortungsbewusst zu beraten, ohne zu bevormunden, sowie Missverständnisse, Konflikte und Diskriminierungen – auch „Diskriminierung wider Willen“, z. B. in der Helfer_innenrolle – zu erkennen und zu vermeiden.

Schwerpunkthemen werden Migration, Rassismus und Kultur sein, aber auch andere Themen wie Sexismus, Homophobie, Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, Altersdiskriminierung oder Klassismus können einbezogen werden. Diesen Themen nähern wir uns mit dem südafrikanischen Anti-Bias-Ansatz (engl. bias = Voreingenommenheit, Vorurteil, Einseitigkeit), der alle Formen von Diskriminierung einbezieht und sich an jeden Menschen in seiner Erfahrung als potentiell Diskriminierte_r und Diskriminierende_r richtet. Neben Selbstreflexion und Austausch erleben Teilnehmende in Kommunikationsübungen den Perspektivwechsel zwischen Berater_in und Ratsuchende_r und haben die Möglichkeit, eigene Fallbeispiele einzubringen.

Termine:

21./22. Mai 2016: Modul 1:

Vorurteile und Diskriminierung

04./05. Juni 2016: Modul 2:

Kommunikation, Kultur und Macht

Jeweils Samstag von 10 bis 18 Uhr
und Sonntag von 10 bis 16:30 Uhr.

Kosten für die gesamte Fortbildung: 200 €

Ort:

Nachbarschaftsheim Neukölln
Schierker Straße 53
12051 Berlin

Die Räume sind rollstuhlgerecht.

Kontakt / Anmeldung

Veranstalter:

ZSIMT Berlin

(Zentrum für soziale Inklusion Migration und Teilhabe)

Referent_innen:

Constanze Schwärzer-Dutta,

Dipl.-Politologin, Anti-Bias-Trainerin, Beraterin

und Karun Dutta, Rechtsanwalt

Anmeldung ab sofort möglich an:

constanze.schwaerzer@zsimt-berlin.de

Mehr Informationen unter <http://www.zsimt-berlin.de>

Workshops/ Tagungen

02.03., TUH e.V.-Veranstaltung

KOMPETENZEN ANERKENNEN - PERSPEKTIVE FÜR FLÜCHTLINGE

Mittwoch, 02.03.2016

14:00 bis 17:00 Uhr

Mercure Hotel Berlin

Hermannstraße 214-216

12049 Berlin

Eine der großen Aufgaben, die Berlin in den nächsten Jahren zu bewältigen hat, ist die Integration von Migranten und Flüchtlingen. Die Bundesregierung hat dies bereits im Koalitionsvertrag verankert. Die gesellschaftlichen Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft sind hierbei besonders gefragt. Damit die Herausforderung von allen gemeistert werden kann, muss u.a. die Chance auf Zugang zum Arbeitsmarkt frühzeitig eröffnet werden. Ein wesentlicher Faktor ist die Erkennung von Potentialen und Anerkennung informeller und non-formeller Kompetenzen.

Für die Akteure bedeutet das, sich mit dem neuen und breitgefächerten Themenkomplex auseinander zu setzen und sich über die politischen Rahmenbedingungen immer auf dem Laufenden zu halten. Wir vom TUH möchten Sie zu einer Tagung zu diesem Thema einladen. Hier können Sie nach informativen Vorträgen aus den Bereichen Recht, Arbeitsmarkt und Anerkennung Fragen stellen und sich über Ihre eigenen Erfahrungen austauschen.

Wir möchten Sie gerne zu dieser Veranstaltung einladen und mit Ihnen gemeinsam über diese Themen diskutieren.

Das Programm am 02.03.2016 um 14:00 – 16:30 Uhr

- 14:00 Uhr Begrüßung
- Informationen zu rechtlichen Grundlagen nach Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes
(Engelhard Mazanke,

Leiter der Ausländerbehörde Berlin)

- Potenziale nutzen – geflüchtete Menschen ausbilden und beschäftigen
(André Hanschke,
Bereichsleiter Agentur für Arbeit Berlin Süd)
- Bewertung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
(Kathrin Tews,
Bereich Bildungspolitik, IHK Berlin)
- Ausnahmegenehmigungsverfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen
(Angela Bartsch-Widmaier HWK Berlin)
- Nachqualifizierungen .
Modulare Nachqualifizierungen
(Dr. Hübner – SANQ-Netzwerk für Nachqualifizierung und berufliche Bildung e.V)
- Ausklang mit Buffet

Weitere Informationen ausführliches Programm sowie Anmeldung online unter:

<http://www.tuh-berlin.de/index.php/veranstaltungen/2016/2-veranstaltungen/41-erkennungsscoaching>

Kontakt und Information

TUH e.V. Berlin
Türkische Unternehmer & Handwerker e.V. Berlin

Frau Gäckler

Rollbergstraße 70
12053 Berlin-Neukölln

Tel.: (030) 627 212 31
Fax: (030) 627 212 35

E-Mail: info@tuh-berlin.de
Internet: <http://www.tuh-berlin.de>

07.03., APuZ-Forum:

FRAUEN UND ARBEIT - UNGLEICHHEITEN UND DISKRIMINIERUNG

Diskussionsveranstaltung am 7. März 2016 in Berlin

APuZ-Forum:

**Frauen und Arbeit –
Ungleichheit und Diskriminierung**
Zeit: Montag, 7. März 2016, 19:00 Uhr

Ort:

**bpb Berlin
Friedrichstraße 50
10117 Berlin, Veranstaltungssaal im 4. Stock!**

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb lädt Sie herzlich zum APuZ-Forum "Frauen und Arbeit - Ungleichheit und Diskriminierung" ein. Das Podiumsgespräch findet am 7. März 2016 im Veranstaltungssaal der bpb Berlin in der Friedrichstraße 50 statt.

Arbeit ist unter den Geschlechtern unterschiedlich verteilt. Von der unbezahlten Sorgearbeit bis zur hoch bezahlten Führungsposition, von Minijobs bis zu 70-Stunden-Wochen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion beschäftigen sich unter anderem mit den Ursachen dieser Asymmetrien und ihren Folgen für die ungleiche Bezahlung ! von Frauen und Männern. Sie sprechen auch über erfolgversprechende Maßnahmen, um Benachteiligungen zu bekämpfen oder diese erst gar nicht entstehen zu lassen.

Nach einem Grußwort von Thomas Krüger, Präsident der bpb, diskutieren Henrike von Platen, Präsidentin des Vereins Business and Professional Women - Germany e.V., Lena Hipp, Leiterin der Nachwuchsgruppe "Arbeit und Fürsorge" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, und Thomas Gesterkamp, Journalist und Buchautor ("Die Krise der Kerle" u.a.). Durch den Abend führt Anna Hoff.

Anmeldung zur Veranstaltung teilz unter:
<http://www.bpb.de/222053>.

Die bpb ist Schwerpunktpartner der Kampagne zum! Equal Pay Day 2016, der am 19. März 2016 stattfindet. Weitere Informationen unter:
<http://www.bpb.de/equalpay>

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Miriam Vogel

Tel.: (0228) 99515-230

E-Mail: miriam.vogel@bpb.bund.de
Internet: <http://www.bpb.de>

18.03., Auftakt zur Diskussionsreihe:
EXILLAND DEUTSCHLAND?!

Auftaktveranstaltung zur neuen Diskussionsreihe am
18. März 2016 in Berlin

Auftakt zur Diskussionsreihe "Exilland Deutschland?!"
18. März 2016, 17:00 bis 22:00 Uhr
Ort: Tagungswerk der Jerusalemkirche,
Lindenstraße 85
10963 Berlin

Programm und Anmeldung unter
<http://www.bpb.de/exilland>

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung/LpB laden Sie herzlich ein zur Diskussionsreihe "Exilland Deutschland?!". Die Auftaktveranstaltung findet am 18. März 2016 von 17 bis 22 Uhr im Tagungswerk der Jerusalemkirche in Berlin statt.

Von heute auf morgen die Heimat zurücklassen und sich in einem fremden Land ein neues Leben aufbauen – Realität für 60 Millionen Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden. Der Großteil aller Flüchtenden sucht Zuflucht in Ländern ihrer Herkunftsregion, häufig Entwicklungsländer. Immer mehr Menschen nehmen aber auch die gefährliche Route über das Mittelmeer, um in die Länder der Europäischen Union zu gelangen.

Das Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland ist noch frisch. Ob Deutschland zum Exilland wird, welche Herausforderungen und Wandlungsprozesse Deutschland und Europa nun erwarten und wie die Entwicklungen unsere Gesellschaft polarisieren, sind zentrale Themen der Auftaktveranstaltung der Diskussionsreihe. Gemeinsam soll außerdem über Handlungsoptionen auf europäischer Ebene diskutiert werden.

Neben einer Podiumsdiskussion haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich in drei Panels über die Themen "Integration durch Bildung", "Überforderung im Ehrenamt", und "Partizipation von geflüchteten Menschen" auszutauschen. Den kulturellen Rahmen setzen eine Vorführung der "Asyl-Dialoge" (Bühne für Menschenrechte) und ein Imbiss mit musikalischer Untermalung der Sängerin Jamila.

Kontakt

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Sibel Özdemir Yaman

Tel.: (030) 254504-436

E-Mail: sibel.oezdemir-yaman@bpb.de

21.04., Vorschau
AWO-Bundesverband-Fachtagung:
**INTERKULTURELLE ÖFFNUNG
DER HILFEN ZUR ERZIEHUNG**

Wir laden Sie herzlich ein zur bundesweiten

Fachtagung
„Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“
am 21. April 2016 in der Werkstatt der Kulturen
Wissmannstraße 32
12049 Berlin

Wir bitten Sie diesen Termin jetzt schon vorzumerken!
Das Tagungsprogramm und Anmeldeformular werden Anfang März veröffentlicht. Die Veranstaltung ist kostenlos. Wir freuen uns, Sie in Berlin begrüßen zu können!

Der AWO Bundesverband möchte Sie hiermit auf die Abschlusstagung des Modellprojektes „Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“ aufmerksam machen. Das Modellprojekt der Arbeiterwohlfahrt „Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“, startete am 01.01.2014 und endet zum 30.06.2016. Das Projekt ist gefördert durch Aktion Mensch und wird an drei Standorten der Arbeiterwohlfahrt umgesetzt. Im Rahmen der Veranstaltung in Berlin werden die Projektergebnisse und Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung der Hilfen zur Erziehung präsentiert. Wir laden Sie herzlich ein, in Vorträgen, Debatten, Fischbowl-Diskussionen die Ergebnisse mit uns zu diskutieren.

Mit dabei sein werden u. a.

Wolfgang Stadler, Vorsitzender Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt
Prof. Dr. Karin Böllert,
Professur für Kinder- und Jugendhilfe/ Sozialpolitik und Vorsitzende der AGJ
Dr. Hubertus Schröer,
Institut-Interkulturelle Qualitätsentwicklung
Lutz Wende,
OrganisationsBERATUNG
Judith Armbruster, Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig
Dirk Bitterberg, AWO BV Braunschweig

Kontakt

Dr. Talibe Sützen
Referentin interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

Tel.: (030) 2630 9256
Fax.: (030) 2630 9322 56

E-Mail: Talibe.Suezen@awo.org
Internet: <http://www.awo.org>

Initiativen

Start: 01.03:

DIE „ICH KANN WAS!“-INITIATIVE STARTET AUSSCHREIBUNG 2016 Schwerpunkt „Kompetenz kennt keine Grenzen“ – Thema Integration im Fokus

Frist: **31.03.2016**

Am 1. März 2016 beginnt die neue Ausschreibung der „Ich kann was!“-Initiative! Gefragt sind Projektideen, die gezielt den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen im Alter von 9 bis 14 unterstützen. Die Bewerbungsfrist endet am 31. März 2016.

Seit 2009 fördert die „Ich kann was!“-Initiative der Deutschen Telekom Projekte und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die in einem sozial schwierigen Umfeld aktiv sind. Inzwischen konnten so deutschlandweit über 900 Projekte unterstützt werden, die gezielt auf den Erwerb und den Ausbau von Schlüsselkompetenzen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind. Die jeweilige Fördersumme orientiert sich am individuellen Projektbedarf und kann bis zu 10.000 Euro betragen.

Jedes Jahr setzt die Initiative im Rahmen der Ausschreibung einen Impuls, der aktuelle gesellschaftliche Themen aufgreift. In diesem steht mit dem Jahreschwerpunkt „Kompetenz kennt keine Grenzen“ das Thema Integration im Fokus. Damit werden verstärkt Projekte zur Teilnahme motiviert, die gezielt die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben fördern. Dazu zählen insbesondere Projektkonzepte, die Anlässe für Begegnungen schaffen und in denen gemeinsame Aktivitäten zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft stattfinden.

Im Mittelpunkt stehen dabei das Kennenlernen und der Aufbau von Beziehungen sowie der Abbau von gegenseitigen Vorurteilen. Wir möchten handlungs- und aktionsorientierte Projekte unterstützen, die eine leichte Interaktion und Kommunikation ermöglichen. Die Kinder und Jugendlichen sollten im Projekt miteinander und voneinander lernen und gemeinsam gestärkt mit einem größeren Erfahrungshorizont und Kompetenzerwerb aus dem Projekt gehen. Ob sportliche, kulinarische, musische oder künstlerische Ansätze – im Fokus steht ein pädagogisches Konzept, das verbindet und auf Vielfalt setzt.

Natürlich können sich auch gerne Einrichtungen mit inhaltlich anders ausgerichteten Projekten um eine Förderung bewerben.

Alle Informationen zu den Förderkriterien und dem Online-Bewerbungsverfahren finden Sie in unserer Ausschreibungsbroschüre und auf unserer Internetseite

<http://www.initiative-ich-kann-was.de/ausschreibung>.

Hier können Sie sich ab dem 1. März auch direkt online bewerben.

Ausschreibungsbroschüre:

http://www.initiative-ich-kann-was.de/fileadmin/lib/pdf/Download_Print/Ich_kann_was_-_Initiative_Ausschreibungsbroschuere_2016.pdf

Kontakt

Ich kann was!-Initiative für Kinder und Jugendliche e.V.
c/o Deutsche Telekom AG
Friedrich-Ebert-Allee 140
53113 Bonn

Tel.: (0800) 181 2486

Fax: (030) 280 998 2222

E-Mail: info@initiative-ich-kann-was.de

Internet: <http://www.initiative-ich-kann-was.de>

bbp; Strukturierte Clearingverfahren
und Case Management in Sozialraum und Schule:

PRÄVENTION VON NEOSALAFISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Ausschreibung für Schulen der Sekundarstufe I +II

Bewerbungsschluss **31. März 2016**

Faltblatt zur Ausschreibung:

http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/160222%20Text%20Ausschreibung.pdf

Der Bildungsraum Schule wird bei der Prävention von Radikalisierungsprozessen oftmals vernachlässigt. Dabei ist er aufgrund der Möglichkeit beständiger Präventionsarbeit eigentlich ein idealer Ort, um der Radikalisierung Jugendlicher nachhaltig vorzubeugen. Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bietet in Zusammenarbeit mit der Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. aus Düsseldorf die Möglichkeit, im Rahmen eines dreijährigen Modellprojekts geeignete Verfahren und Methoden zu entwickeln und zu testen, um eine beginnende Radikalisierung zu unterbrechen. Mit dem Problem konfrontierte Schulen können sich ab sofort um eine Teilnahme am Projekt bewerben. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an berufsbildende Schulen.

Projektzeitraum: April 2016 bis März 2019

Bewerbungsschluss: 31. März 2016

Kontakt

Weitere Informationen zur Ausschreibung und zum Bewerbungsverfahren finden Sie hier:

www.bpb.de/clearingverfahren

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:
Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.
Dr. Michael Kiefer
Himmelgeister Str. 107
40227 Düsseldorf

Tel.: (0211) 9052226
E-Mail: Michael.Kiefer@die-agb.de

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Hanne Wurzel
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel.: (0228) 99515-530
E-Mail: hanne.wurzel@bpb.bund.de

19.03.:

FÜR EIN „EUROPA DER MENSCHENRECHTE“ LSVD unterstützt bundesweiten Aktionstag am 19. März 2016

Angesichts der steigenden Hetze und des wachsenden Rassismus bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein, starteten am 2. Oktober 2015 zahlreiche Organisationen, darunter auch der LSVD, den Aufruf „Für ein Europa der Menschenrechte“. Bei der Kundgebung am Brandenburger Tor sprach LSVD-Bundesvorstand Helmut Metzner.

Mittlerweile ist aus dieser Aktion ein Bündnis geworden, das zu einem bundesweiten Aktionstag am 19. März 2016 aufruft. Möglichst viele Menschen werden aufgefordert, an diesem Tag gemeinsam an möglichst vielen Orten zu zeigen, dass wir füreinander einstehen – unabhängig von Glauben, Herkunft, Hautfarbe und sexueller Identität. Hier finden Sie den Aufruf mit den Forderungen:

<http://lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Asyl/Aufruf-Aktionstag-Version17-02-16.pdf>.

Wir bitten Sie ebenso herzlich wie dringend: Beteiligen Sie sich an möglichst vielen Orten an Aktionen oder schließen Sie sich bestehenden Aktivitäten und Bündnissen, z.B. den örtlichen Bündnissen für Demokratie und Toleranz, an. Das Bündnis „Europa der Menschenrechte“ stellt für den Aktionstag Plakate, Flyer, Aufkleber und Luftballons kostenlos zur Verfügung. Spenden sind aber natürlich herzlich willkommen.

Der Aktionsleitfaden gibt Ihnen ein paar Ideen und stellt die Aktion noch einmal vor:

<http://lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Asyl/Hand-in-Hand-gegen-Rassismus-Aktionsideen-19-02.pdf>.

Es kommt weniger darauf an, dass überall große Aktionen stattfinden, sondern dass sie an vielen Orten sichtbar werden. Um die bundesweite Dimension deutlich zu machen, wird auf der Website des Bündnisses eine Landkarte zu sehen sein, in der alle Aktionen eingetragen werden können. Wenn Sie also etwas machen, melden Sie Ihre Aktion bitte auf der Website an.

Auf <http://www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de> finden Sie auch ein Bestellformular für die Materialien.

Es wäre toll, wenn sich viele Einzelne oder auch Gruppen an Aktionen an diesem Tag beteiligen würden und alle gemeinsam Flagge zeigen.

Kontakt

Für Rückfragen können Sie sich gern an Henny Engels, E-Mail: henny.engels@lsvd.de, wenden.

LSVD-Bundesverband
Hauptstadtbüro
Almstadtstraße 7
10119 Berlin

Tel.: (030) 78 95 47 78
Fax: (030) 78 95 47 79

Internet: <http://www.lsvd.de>

Aus Projekten und Vereinen

Neues Projekt bei Inssan e.V.:

„WEGWEISER: MENTOR_INNEN FÜR FLÜCHTLINGE“

Wir freuen uns mitteilen zu können: unser neues Projekt ist gestartet!

Ihr wollt euch in der Flüchtlingsarbeit engagieren und könnt euch



vorstellen junge Geflüchtete beim Ankommen in Berlin zu begleiten? Dann seid ihr bei uns genau richtig!

Wir begleiten und unterstützen junge Erwachsene sich ehrenamtlich für geflüchtete Menschen zu engagieren. Gemeinsam mit Gleichaltrigen nehmt ihr geflüchtete junge Menschen an die Hand und werdet zum Wegweiser in eurer Stadt. Als Mentoren zeigt ihr ihnen neue Perspektiven auf. Ihr seid selbst zwischen 17 und 30 Jahren alt und wollt Flüchtlingshilfe aktiv mitgestalten?

Wir coachen und begleiten euch, planen gemeinsame Aktionen um unsere Stadt Berlin positiv mitzugestalten.

Interesse geweckt? Dann schreibe uns per E-Mail an wegweiser@inssan.de.

Für weitere Informationen empfehlen wir unsere Homepage: <http://www.wegweiser-inssan.de> oder auf Facebook:

<https://www.facebook.com/wegweiser2016/?ref=hl>.

Kontakt

Wegweiser: Mentor_innen für Flüchtlinge
Inssan e.V.
Natalia Loinaz, Projektleitung
Gitschiner Straße 17
10969 Berlin

Tel.: (030) 20619639
Funk: (0176) 72 77 97 56

E-Mail: wegweiser@inssan.de
Internet: <http://www.wegweiser-inssan.de>

Gefördert durch das Partizipations- und Integrationsprogramm 2016/17 der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Ende der ersten Projektphase:

MIGRANTEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ IN DIGITALEN MÄRKTEN Fortsetzung des Projekts beantragt

Die erste Phase unseres Projektes „Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten“, das wir seit Februar 2014 in Kooperation mit den Verbraucherzentralen Bremen und Hamburg durchführen, haben wir erfolgreich abgeschlossen. (Siehe dazu bitte auch BERLIN INTERNATIONAL Nr. 114, Juli/August 2014, Seite 20 [RED])

Wir blicken zurück auf viele Aktionen, die dazu beigetragen haben, Migrantinnen und Migranten in ihrer Rolle als Verbraucher in digitalen Märkten zu stärken: Den Eröffnungsworkshop, zwei Marktchecks zu Ethno-Mobilfunktarifen, einen Workshop zum Datenschutz im Internet, das Forum Digitales und Verbraucherinformationen mit Übersetzungen in viele unterschiedliche Sprachen. In den kommenden Wochen wird außerdem noch ein Datenschutzratgeber als E-Book erscheinen, den wir zusammen mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz erarbeitet haben.

Immer noch gibt es viel zu tun: Aufgrund von sprachlichen Defiziten und Rechtsunsicherheiten sind Migrantinnen und Migranten häufiger gefährdet, Opfer von Betrug und Kostenfallen zu werden. Daher haben wir eine Fortsetzung des Projekts beantragt und hoffen, diese wichtige Arbeit weiter fortführen zu können.

Solange diese zweite Phase noch nicht genehmigt und angelaufen ist, wenden Sie sich mit Fragen und Anregungen zum Projekt bitte an die im „Kontakt“ angegebene Ansprechpartnerin.

Kontakt

Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten
Verbraucherzentrale Berlin e.V.
Hardenbergplatz 2
10623 Berlin

Frau Grit Mizgajski-Thomanek

Telefon: (030) 21 485-222
Fax: (030) 211 72 01

E-Mail: thomanek@vz-blm.de
Internet: <http://www.vz-blm.de>

AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM Monatsprogramm März 2016

Donnerstag, 03.03., 11:30-14:00 Uhr Arbeits- und Planungssitzung mit unseren Ehrenamtlichen

Ort: Gruppenraum der AWO Migrationsdienste im Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, Erdgeschoss, 10965 Berlin

Donnerstag, 10.03., 15:00-17:00 Uhr Multikulturelle Erzählwerkstatt mit Ursula Bach

„Feste und Feiern in verschiedenen Kulturen“
Vorbereitung der Präsentation.
Ort: Bewohnertreff, Waldemarstr.70, 10997 Berlin

Montag, 14.03., 10:00-11.30 AWO Kirschen für eine „bunte Kita“

Ehrenamtliche aus der Handarbeitsgruppe AWO Kirschen gestalten gemeinsam mit Kindern und Eltern der AWO Kita Leonardo einen bunten Wandteppich für den Gruppenraum der Kinder.
Interessierte melden sich bitte bei den AWO Kirschen oder bei Filiz Müller-Lenhartz, dienstags ab 11.00 Uhr im Bewohnertreff, Waldemarstr.70. Tel.: 615 07 437

Montag, 21.03., 11:30 -15:30 Uhr AKTIONSTAG AWO GEGEN RASSISMUS und NEWROZ FEIER

Wir laden alle ein, am Welttag gegen Rassismus gemeinsam mit der AWO ein Zeichen für Vielfalt und gegen Rassismus zu setzen. Anschließend feiern wir mit Buffet, Musik und Tanz das Frühlingfest Newroz. Über Beiträge für ein köstliches Buffet freuen wir uns sehr!

Anmeldung bei Frau Kaiser, Tel.: 50 58 54 50 oder bei Filiz Müller-Lenhartz, Tel.: 615 07 437
Ort: Begegnungsstätte Gitschiner Str.38, 10969 Berlin

Donnerstag, 31.03., 15:00-17:00 Uhr Multikulturelle Erzählwerkstatt mit Ursula Bach

„Feste und Feiern in verschiedenen Kulturen“
Vorbereitung der Präsentation.
Ort: Bewohnertreff, Waldemarstr.70, 10997 Berlin

Kontakt

AWO Begegnungszentrum:
Filiz Müller-Lenhartz (Gemeinwesenarbeit):
Bewohnertreff Waldemarstraße 70
10997 Berlin, EG

Tel.: (030) 615 07 437
E-Mail: f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.de

Migrantensozialdienst im Rathaus Kreuzberg,
Altbau Erdgeschoss, (bitte beim Pförtner fragen),
Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin,
Susanne Koch
Tel.: (030) 695 35 619

E-Mail: susanne.koch@awoberlin.de

Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Interkulturelles Gemeinwesenzentrum in Friedrichshain

Programm März 2016 (Auszug)

Wir haben für Sie:
Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,
Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay
Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur
Tel.: 29 04 91 36
E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen, Paulo Luciano
Senioren, Gemeinwesenarbeit
Tel.: 29 04 66 12
E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“
Frau Belinda Apicella
Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
Tel. 29 04 66 11
E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Veranstaltungen

Montag, 07. März, jeden 1. Montag im Monat
Kostenlose Sprechstunde mit der Rechtsanwältin
Frau Bianca Geiß
Schwerpunkte: Sozial- und Familienrecht.
Anmeldung unter Tel. 29 04 66 11 erforderlich

Mittwoch, 02. März, 13:30 – 15:30
Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit
Serena Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf
Deutsch, Italienisch, Spanisch u. Englisch)
Termine unter 0800 265 080 – 27138 und bei uns

Donnerstag, den 22. März, 14:00 Uhr – 16:30 Uhr
"Spiel doch mal wieder!"
Generationsübergreifender Spielemittag für Freunde von
Rommé (Kostenfreies Angebot)

14:00 -15:00 Uhr, Neues Angebot!
„Zeit für ein entspanntes Wochenende:
"Qi Gong für Senior/-innen"
Anfängerkurs mit Amelia Tamma, Übungsleiterin für therapeutisches Qi Gong.
Kostenfrei. Anmeldung unter 29 04 9136

Freitag, den 04., 11. & 18. März, 18:00 -22:00 Uhr
Treff des spanischen Netzwerkes 15 M Berlin
Kontakt: <http://15mberlin.com/>

Freitag, den 25. März, 18:00 -22:00 Uhr

Treff des Vereins Estrella de Cuba e.V.

Kontakt: José Conde, E-Mail: conde_breuer@gmx.net**Samstag, den 26. März, 13:00 – 19:00 Uhr**

Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.

Kontakt: munjunga augustojone

E-Mail: aujone@googlemail.com**Veranstaltungen im Februar des Frauenprojektes Mariposa****montags, im Wechsel****10:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr**

Hilfe bei Bewerbungen

Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten mit Frau Schlimgen nur für Frauen, kostenlos. Anmeldung unter: 030 290 466 11

Montags 17:00 -18:30 Uhr

Nähwerkstatt mit Soledad

Angebot für sozial benachteiligte Frauen

Anmeldung unter: (030) 290 466 11

Unkostenbeitrag 20 € monatlich

Dienstags, 10:00 – 14:00 Uhr

psychologische Beratung für Mütter und Schwangere mit Dipl.

Psychologin Silvia Bonapace (italienisch & deutsch)

Terminvereinbarung unter 015203668205

und silvia.bonapace@studio.unibo.it

(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

Donnerstags 10:00 - 12:00 Uhr

psychologische Beratung für Frauen in Konfliktsituationen mit

Dipl. Psychologin Inmaculada Martagón (spanisch)

Terminvereinbarung unter (0152) 23812941 oder per E-Mail

psicologiaberlin@gmail.com.

(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

Veranstaltungen des Frauenprojektes Mariposa in Kooperation mit dem Bayouma-Haus zum Frauenmärz 2016**Sonntag, 06.03., 15:00 "Women Open Stage"**

Offene Bühne zum Internationalen Frauentag mit Tanz, Gesang, Lyrik u. Instrumentalmusik von Mädchen und Frauen aus vielen Kontinenten.

Donnerstag, 10.03. 14:30 – 16:00 Uhr

„Bildung weltweit – Wo stehen wir Frauen?“ Vortrag mit anschließender Diskussion unter der Leitung von Jehieli Fernández, Spezialistin in Gender und Diversity Kompetenz.

Kontakt

Bayouma-Haus

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.

Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof, neben der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin

Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de**Ausführliches Programm und Informationen unter:**Internet: <http://www.bayouma-haus.de><http://www.bayouma-gesundheit.de><http://www.awo-spree-wuhle.de>**BABEL E.V.****Veranstaltungsangebot im März 2016 (Auszug)**

Öffentliche Veranstaltungen

Offene Kinder- und Jugendarbeit**Montag - Donnerstag:** Computer AG täglich**Montag:** Medienwerkstatt für Kids, Workshops zur Sicherheit im Internet und Social Media**Dienstag:** Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat, Kids kochen sich um die Welt.**Mittwoch:** Kreatives Basteln und KinderWelten in bewegten Bildern, Kids kochen sich durch die Welt**Donnerstag:** Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat, Interkulturelle Sensibilisierung für Kinder und Jugendliche; Antidiskriminierungsworkshops, Antigewalttrainings**Freitag:** 14-tägig Spiele aus aller Welt**Samstag:** 14-tägig Projekt „ZwischenWelten“.

Babylon-Kids treffen sich mit ihren Neuberliner Freund_innen zu gemeinsamen Spiel, Spaß, Basteln, Sport und vieles mehr

Montag - Donnerstag: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr**Freitag: 14-tägig von** 14.00 Uhr - 18.00 Uhr**Samstag: von** 11.00 Uhr - 18.00 Uhr**Geburtstagsparty für Babylon-Kids**

Hurra, ich habe Geburtstag und wer im Februar Geburtstag hat(te).....

Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat**im Haus Babylon**Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft. **Jeden Dienstag und Donnerstag****von 17.00 Uhr - 20.00 Uhr****Interkultureller Brunch –****Die Welt zu Gast im Haus Babylon**

Thematische Veranstaltung mit wöchentlich wechselnden

Themen in Bezug auf die Interkulturelle Thematik

Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr**SelbstAnsichten - Ogoniok**

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem geselligen Nachmittag.

Freitag, 11.03.2016 und Freitag, 25.03.2016, 15.00 Uhr - 20.00 Uhr**„Frühlingstraditionen rund um die Welt – alles rund ums Ei“**

Interessantes und Wissenswertes rund um das Ei und die

Frühlingstraditionen rund um die Welt

Die Veranstaltungen finden jeweils von

09.30 Uhr bis 12.00 Uhr in den Räumen von Haus Babylon statt.**Kontakt**

BABEL e.V.

Stefan-Born-Straße 4
12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91, Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de
Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

Veranstaltungen

03.03., Stiftung Pfefferwerk lädt ein:

„RESONANZEN – Internationale Saitenklänge“ auf dem Pfefferberg

Ein facettenreicher und dynamischer Musikmix erwartet das Publikum am

**Donnerstag, dem 3. März 2016,
ab 19.00 Uhr in Haus 13 auf dem Pfefferberg**
(Schönhauser Allee 176 in 10119 Berlin, U2 Senefelderplatz).

Der Eintritt ist frei. Einlass: ab 18.30Uhr

Auf der ersten Veranstaltung RESONANZEN in diesem Jahr bieten wieder hervorragende Musiker/innen ein vielfältiges Programm, diesmal geprägt von Klängen verschiedenster Saiteninstrumente. Die Musiker/innen präsentieren Mandoline im Duo mit Percussion, es werden Bässe getappt und perkussive Grooves auf dem Gitarrenkorpus der 7 saitige Akustikgitarre gespielt und Rhythmen des Balkans und Klezmer erklingen. Die Harfe, vom Landesmusikrat als Instrument des Jahres 2016 ausgewählt, hat auch bei uns ihren besonderen Platz. Zum Ausklang des Abends erleben Sie afroamerikanischen Soul und Rhythm 'n' Blues mit angolanischen Einflüssen.

Mit der Reihe „Resonanzen – Internationale Klänge“ greift die Stiftung Pfefferwerk die Vielfalt in Berlin auf. Sie möchte vor allem zugewanderten Künstler/innen eine Präsentationsplattform bieten, um sie dabei zu unterstützen, bekannter zu werden und Kontakte zu knüpfen. Zudem möchte sie das Profil des Kulturstandortes Pfefferberg mitgestalten und das Zusammenleben - geprägt von Verständnis, Toleranz und Respekt - unterschiedlicher Kulturen in der Stadt befördern.

Es spielen für Sie:

Duo 13 STRINGS

Jazz, Latin & Funk | E-Gitarre & 7-saitige Akustikgitarre

Trio Aletchko

Rhythmen des Balkans & Klezmer & Elemente klassischer Musik |
Gitarre & Violine & Percussion

Judy Kadar
Harfenklänge

Maria Bogdanova & Katja Höllein
Mandoline & Percussion

Ange da Costa & Band
Afro-Soul | Gitarre & Violine & Percussion

Kontakt und Anmeldung

Wir bitten um Anmeldung per Mail:

resonanzen@stpw.org

Mehr über die Stiftung Pfefferwerk unter:

<http://www.stpw.org>

03. bis 05.03., Kongress im HKW:
Zivilgesellschaft 4.0 –

GEFLÜCHTETE UND DIGITALE SELBSTORGANISATION

3.-5. März 2016

**Haus der Kulturen der Welt
John-Foster-Dulles-Allee 10
10557 Berlin**

Internet: <http://www.hkw.de/zivilgesellschaft>

Eintritt frei. Der Kongress ist offen für alle. Um Anmeldung wird gebeten unter:

http://www.hkw.de/en/app/civil_society/register/

Geflüchtete sind digitale Vorreiter*innen: Smartphones und Social Media sind für die Flucht ebenso wie für den Alltag in der neuen Heimat wesentlich. Auch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sind digitale Instrumente von zentraler Bedeutung. In jüngster Zeit haben Projekte wie die Plattform <http://www.arriving-in-berlin.de> gezeigt, wie wichtig das Netz für die Selbstorganisation von Geflüchteten ist. Auf dem Kongress Zivilgesellschaft 4.0 vernetzen sich die zahlreichen Initiativen und Projekte.

Arriving in Berlin ist Beispiel eines partizipativen Online-Projektes, bei dem Geflüchtete mit Blick auf die eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse ihre neue Heimatstadt Berlin kartieren. Auch das Projekt Berlin field recordings. Mapping along the refugee complex von metroZones zeigt die Routen von Geflüchteten in der Stadt, Überlebenstaktiken und Möglichkeiten der Selbstorganisation.

Ähnlich erfolgreich war der erste Refugee-Hackathon, der im Oktober 2015 in Berlin stattfand. Initiiert von Anke Domscheit-Berg, kamen 300 Programmiererinnen und Entwickler in Berlin zusammen und entwickelten

insgesamt 18 Projekte. Weitere Beispiele sind die Facebookseite Moabit hilft! und der Verein Refugee Emancipation e.V.

Bei einem dreitägigen Kongress im Haus der Kulturen der Welt steht die digitale Selbstorganisation der Geflüchteten im Mittelpunkt. Vom 3. bis 5. März 2016 stellen sich bestehende Projekte vor, Workshops loten das Potential von Projekt- und Partnersynergien aus. Die Idee des Hackathons wird weiter geführt, indem Programmierer*innen gemeinsam mit Geflüchteten an notwendigen Tools arbeiten.

In Kooperation mit Asyl-in.de, Chaos Computer Club Berlin e.V., Freifunk Berlin (tbc), Hackathon, Maptime Berlin, metroZones.

05./06.03., Museum Europäischer Kulturen, Dahlem:

23. EUROPÄISCHER OSTER- UND KUNSTHANDWERKSMARKT

5. und 6. März 2016, 11 bis 18 Uhr
Museum Europäischer Kulturen –
Staatliche Museen zu Berlin
Museen Dahlem
Lansstraße 8, 14195 Berlin

Eintritt: 8 € (erm. 4 €)
Der Ostermarkt ist im regulären Eintritt eingeschlossen. Kinder bis 18 Jahre frei.

Öffnungszeiten:
Di – Fr 10 Uhr – 17 Uhr
Sa / So 11 Uhr – 18 Uhr

Das Museum Europäischer Kulturen und sein Förderverein veranstalten 2016 zum 23. Mal einen attraktiven Europäischen Oster- und Kunsthandwerkmarkt.

Mit 40 Künstlern und Kunsthandwerkern aus Deutschland, Estland, Polen, Tschechien, der Ukraine und Ungarn wird ein umfangreiches Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Verkaufsangebot präsentiert.

Das Gesamtangebot des Marktes umfasst neben traditionellem und modernem Osterei-Design viele weitere kunsthandwerkliche und künstlerische Arbeiten zum Beispiel aus Holz, Keramik, Papier und textilen Materialien.

Kontakt

Museum Europäischer Kulturen –
 Staatliche Museen zu Berlin
 Museen Dahlem
 Lansstraße 8
 14195 Berlin
 (Eingang auch über Arnimallee 25 möglich)

Verkehrsverbindungen:
 U3 Dahlem Dorf, Busse M11, 110, X83

Informationen:
 Tel: (030) 83 01- 438 / 429
 (030) 2 66 42 68 02
 Fax:(030) 2 66 42 68 04

E-Mail: mek@smb.spk-berlin.de
 Internet: <http://www.smb.museum/mek>
<http://www.verein-museum-europaeischer-kulturen.de>

AKADEMIE DES JÜDISCHEN MUSEUMS **Veranstaltungen im März 2016**

8. März 2016, 19:00 Uhr, Akademie, Saal
Rromnja* Power Reloaded –
Ein Rückblick auf politisches Engagement in den
90er Jahren und Gegenwartsperspektiven
Vortrag und Podiumsdiskussion
Eintritt frei

In den 1990er Jahren gab es ein starkes politisches Engagement von Rromnja* (Roma-Frauen), die sich insbesondere in Köln für das Bleiberecht von Flüchtlingen einsetzten und gegen Rassismus und Sexismus kämpften. Rromnja* sind auch heute als Bürgerrechtlerinnen und zivilgesellschaftliche Akteurinnen in sozialen Bewegungen aktiv, ihre Arbeit und ihre Biographien sind jedoch weitgehend unbekannt und in gesellschaftlichen und medialen Debatten wenig präsent.

Der Abend soll daher das politische Engagement von Rromnja* heute und in den 90er Jahren in den Blick nehmen und folgenden Fragen nachgehen: Welche Themen waren damals wichtig und welche stehen heute im Mittelpunkt? Welche Akteurinnen waren und sind beteiligt? Welche Erfolge und Hürden, welche Unterstützung gab es damals und gibt es heute in ihrer Arbeit? Und wie waren bzw. sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Engagement von Rromnja*?

Eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag und ein Auftakt in den Rromnja* Power Month in Kooperation mit dem feministischen Rromnja Archiv RomaniPhen und der Initiative IniRromnja. Der Rromnja* Power Month findet zwischen dem Internationalen Frauentag am 8. März und dem Internationalen Tag der Roma am 8. April statt und wird vom feministischen Rromnja Archiv RomaniPhen und der IniRromnja organisiert. Nähere Informationen und das Programm zum Rromnja* Power Month unter: <https://inirromnja.wordpress.com>.

Weitere Informationen finden Sie hier:
http://www.jmberlin.de/main/DE/02-Veranstaltungen/veranstaltungen-2016/2016_03_08_rromnja.php

**15. März 2016, 19 Uhr, Akademie, Saal
XAIM – HEIM**

**Gespräch mit Filmausschnitten im Rahmen
der Reihe »Neue deutsche Geschichten«
Eintritt frei**

Um das jüdische Leben in Deutschland wiederzubeleben, kamen Anfang der 90er Jahre rund 220.000 russischsprachige Juden als so genannte Kontingentflüchtlinge aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik. Auch die Eltern von Robert Schulzmann beschließen in dieser Zeit, Riga zu verlassen und in Deutschland neu anzufangen. Mit seinem Dokumentarfilmprojekt zieht Robert Schulzmann 25 Jahre später eine Bilanz.

In persönlichen Gesprächen mit seinen Eltern und weiteren aus der Sowjetunion emigrierten Juden verschiedener Generationen stellt er Fragen nach Identität, Herkunft und Selbstfindung in Deutschland. Robert Schulzmann gibt einen Einblick in den Entstehungsprozess des noch nicht abgeschlossenen Filmprojekts und zeigt erste Ausschnitte, die mit dem Publikum diskutiert werden. Weitere Informationen zum Regisseur unter www.robertschulzmann.de
Moderation: Alina Gromova (Jüdisches Museum Berlin)

Weitere Informationen finden Sie hier:

http://www.jmberlin.de/main/DE/02-Veranstaltungen/veranstaltungen-2016/2016_03_15_heim.php

Anmeldung/Kontakt

Anmeldung für beide Veranstaltungen erforderlich:

Stiftung Jüdisches Museum Berlin
Lindenstraße 9-14
10969 Berlin

Tel: (030) 25 993 488

E-Mail: reservierung@jmberlin.de
Internet: <http://www.jmberlin.de>

Kultur bewegt e.V.:

**STADTTEILFÜHRUNGEN IM MÄRZ 2016
Neukölln**

In Neukölln ist Einwanderung schon lange Geschichte und Alltag, die Stadtteolführerinnen sind Zeitzeuginnen, die davon aus eigener Erfahrung und Anschauung berichten. Ihre Stadtteolführungen sind so vielfältig wie Neukölln selbst!

Sehen Sie die Karl-Marx-Straße, den Richardplatz oder die Gropiusstadt mit den Augen von Frauen, die hier ihre (zweite) Heimat gefunden haben. Neukölln ist ihnen Wahlheimat oder Zufluchtsort geworden, irritie-

rend mit seinen Problemen und faszinierend mit seinem Potenzial. Machen Sie sich ein (anderes) Bild von Berlins „berüchtigtem“ Bezirk!

Samstag, 26. März um 12:00 Uhr

Tour: Neukölln Oneway

Mit Hanadi Mourad und Gülaynur Uzun

Treffpunkt: U-Bahnhof Karl-Marx-Straße, vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln, Karl-Marx-Straße 141

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.
Oranienburger Straße 37
10117 Berlin

Tel.: (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de
Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

02.04., Sport & Kultur im Wedding:

**WELCOME TO THE WORLD TOUR 2016 –
UNITED COLOURS FÜR TOLERANZ UND
INTEGRATION**

Der SK United Colours Berlin e. V. stellt sich vor

Samstag, 02.04.2016

Zeit: 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Ort: Stadion des SV NNW

Behmstrasse 27 – 31

(Nähe Gesundbrunnen)

13357 Berlin



Am 02.04.2016, ab 10:00 Uhr ist es soweit - die "Welcome to the World Tour 2016 – United Colours für Toleranz und Integration" findet statt.

Es ist die Eröffnungsveranstaltung des SK United Colours Berlin e. V., einem *„jungen aufstrebenden Verein, der von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ins Leben gerufen wurde“*, der sich bei diesem Event erstmalig präsentiert. Der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Berlin – Mitte, Herr Stephan von Dassel, wird dabei anwesend sein.

Das sozial - kulturelle Event wird von einem Fußballturnier begleitet wird, bei welchem insgesamt 16 Fußballteams aus ganz Berlin gegeneinander antreten. Das Match wird im Stadion des SV NNW (Sportverein Norden - Nordwest 1898 e.V.) durchgeführt. Ein bunt gestaltetes Bühnenprogramm als auch verschiedene Workshops umrahmen das Event. Es wird seitens SK United Colours Berlin e. V. ein Ideen - Wettbewerb für

die Gäste veranstaltet, in welchem diese ihre Vorschläge für zukünftige soziale als auch Migrationsprojekte des Vereins entwickeln sollen. Alle sind zum Mitmachen eingeladen. Für kulinarische Versorgung ist gesorgt.

Wir haben uns gedacht, wo kann man die unterschiedlichsten Menschen und Schicksale zusammenbringen, wenn nicht bei einem großen Sport & Kultur-Event? Wo kann man ein Zeichen für Toleranz setzen, wenn nicht in einer gemeinsamen Veranstaltung unterschiedlichster Menschengruppen?

Alle Freunde, Fans und Interessenten sind herzlich zu diesem farbenfrohen Fest willkommen.

Kontakt

SK United Colours Berlin e. V.,
Nora Fienhold
Leitung Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Projektmanagerin: Integration & Soziales

Vereinssitz:
c/o B. Kojo Obeng-Gyan
Rieflerstraße 6
12307 Berlin

Funk: (0175) 53 95 567

E-Mail: info@united-colours.com
Internet: <http://www.UNITED-COLOURS.com>

18./19.11., Vorschau: Vielfalt ist Trumpf!

EXPOLINGUA BERLIN 2016

Frühbucherrabatt für die 29. Internationale Messe für Sprachen und Kulturen bis 15. Mai 2016

EXPOLINGUA Berlin 2016

29. Internationale Messe für Sprachen und Kulturen
18./19. November 2016, Fr./Sa. 10:00 – 18:00 Uhr
RHWK, Friedrichstraße 176 – 179
10117 Berlin, Deutschland

Die Expolingua Berlin, Deutschlands führende internationale Messe für Sprachen und Kulturen, findet in diesem Jahr am 18. und 19. November in Berlin statt. Bis zum 15. Mai können sich interessierte Aussteller wie Sprachschulen, Sprachreiseveranstalter, Austauschorganisationen, Verlage und Anbieter von Sprach-Apps, Onlinekursen, Sprachtests



und Sprachlernsoftware mit einem Rabatt anmelden.

Ob Spanisch für den Sommerurlaub oder Chinesisch für die berufliche Weiterbildung – die Expolingua bietet die ideale Plattform rund ums Fremdsprachenlernen und -lehren, vom Sprachkurs zu Hause, über das Lernen unterwegs auf Tablets und Smartphones, bis zum Erleben von sprachlicher und kultureller Vielfalt vor Ort.

Die immer größere internationale Vernetzung von Ausbildung und Arbeitsmarkt sorgt für eine hohe Nachfrage nach Sprachkursen, Sprachreisen und Auslandsaufenthalten. Auslandserfahrung, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz sind häufig Schlüsselfähigkeiten für den beruflichen Alltag und die Karriere. Die Besucher der Expolingua, von denen 57 Prozent unter 30 Jahre alt sind, suchen gezielt nach Angeboten, um ihre Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern, sowohl für den Beruf als auch für den privaten Gebrauch. Dabei investieren sie immer stärker in Bildungsprogramme. Zu den Messebesuchern zählen Schüler, Studierende, Auszubildende und Berufstätige mit Interesse an sprachlicher Weiterbildung sowie Lehrer, Dozenten, Dolmetscher und Übersetzer.

Die Expolingua bietet ein ideales Forum zur Information und Planung. Die Besucher treten in persönlichen Kontakt mit Anbietern. Fachbesucher können zudem ihr internationales Netzwerk ausbauen und Kontakte pflegen. Im begleitenden Vortragsprogramm informieren Aussteller in Vorträgen und Workshops zu Themen wie Sprachreisen, Auslandsaufenthalten sowie zu Sprachtests und Berufsbildern im Fremdsprachenbereich oder machen in Schnupperkursen Lust auf das Erlernen von Fremdsprachen.

[Foto: Mark Bollhorst, © ICWE GmbH; PM, RED]

Kontakt

Veranstalter:
ICWE GmbH
Leibnizstraße 32
10625 Berlin

Silke Lieber, Tel.: (030) 310 18 18-0

E-Mail: info@expolingua.com
Internet: <http://www.expolingua.com>

Portal SprachenNetz: <http://www.sprachennetz.org>

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

SONDERAUFLAGE FÜR 0,98€

LERNEN AUF EINEN BLICK - „SPIELEND DEUTSCH LERNEN“ FÜR FLÜCHTLINGE



mindmemo, ein junger Verlag, hat dazu eine Sonderauflage seiner Lernposter und Lernhefter veröffentlicht - lediglich für eine Schutzgebühr ab **0,98€** (statt 7,-€ im Handel).

Ideal für die ersten Schritte in Deutsch:

- die ersten 300 Wort-Bild Vokabeln
- strukturierte Grundwortschatz-Zusammenfassung
- Grammatik - leicht erklärt

Die strukturierte und visuelle Aufbereitung mit vielen Bildern erleichtert es Flüchtlingen, verschiedenster Herkunft, die deutsche Sprache spielerisch zu erlernen.

Die Lernmaterialien werden seit Jahren erfolgreich im Unterricht eingesetzt (orientiert am Lehrplan DaF).

Den Gründern ist der wirkungsvolle und bezahlbare Zugang zu Bildung sehr wichtig. Daher unterstützt und ermöglicht mindmemo seit Gründung Bildungsprojekte weltweit. Die Sonderauflage ist limitiert.

Mehr Informationen zu den Produkten unter: <http://www.mindmemo.com/willkommen>

Veröffentlichung der bpb:

ANTIDISKRIMINIERUNG Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 9/2016)

Das vor zehn Jahren in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zielt auf den Schutz von Individuen vor "Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität".

Eine Zwischenbilanz fällt aufgrund von Schutzlücken und Problemen bei der Rechtsanwendung gemischt aus.



Antidiskriminierungsrecht allein wird die gesamtgesellschaftliche Problematik nicht lösen. Antidiskriminierungspolitik muss auch bei Institutionen, Verfahren und Strukturen ansetzen, die benachteiligend wirken können; sie muss die Öffentlichkeit ansprechen, um das Bewusstsein für Diskriminierung zu schärfen und möglicherweise sogar Einstellungen zu ändern; und nicht zuletzt ist es wichtig, Betroffene zu ermächtigen, sich zu wehren.

Internet:

<http://www.bpb.de/apuz/221571/antidiskriminierung>

Neue Veröffentlichung:

"ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS – UND WAS TUN?"

Broschüre anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 vom 10. – 23. März 2016 erschienen

Ablehnende und abwertende Haltungen gegenüber Muslimen nehmen in Deutschland und Europa seit Jahren zu. Was sind die Gründe dafür? Und was lässt sich dagegen tun?



Zu diesen und weiteren Fragen hat die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus eine Broschüre veröffentlicht.

Die "Internationalen Wochen gegen Rassismus" werden vom 10. bis zum 23. März 2016 in mehreren Orten in Deutschland stattfinden.

Download :

http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/16_01_19_B_IKR_Antimuslimischer_Rassismus_NEU2.pdf

Internationale Wochen gegen Rassismus 2016 im Internet: <http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de>